Einzelnummer 3 Mk.

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 60.— Mk., wöchentlich 15.— Mk. In Pommerellen: monatlich 600.— Mk. polnische Währung.
Redaktion: Am Spendhaus 6. — Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 10.— Mk., von auswärts 12,50 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 30.— Mk., von auswärts 35.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postscheckkonto Danzig 2415. Expedition: Am Spendhaus 6. — Telephon 2200.

Nr. 221 | Mittwoch, den 20. September 1922 | 13. Jahrgang

Die Reparationsfrage vor dem Völkerbund.

In Genf gab es gestern eine Sensation. Am Schluß der gestrigen Abendsitzung des Abrüstungsausschusses wurde plötzlich unter größter Aufmerksamkeit aller Teilnehmer die Reparationsfrage zur Debatte gestellt. Lord Robert Cecil verlas einen Antrag, der als Voraussetzung für die Abrüstung die Lösung der Reparationsfrage sowie der interalliierten Schulden und der schweren wirtschaftlichen Krise, die Deutschland und die ganze Welt bedroht, bezeichnet, und der mit folgenden Worten schließt: Die dritte Kommission erlaubt sich, der Versammlung die Notwendigkeit einer raschen Tat nahezulegen; denn es ist sicher, daß es, solange die finanziellen Schwierigkeiten in Europa nicht geregelt seien, keine Hoffnung auf Wiederherstellung der Stabilität und des politischen Vertrauens gibt, ohne die die moralische Abrüstung unmöglich ist, von der wiederum das Gelingen jedes Planes zu einer Herabsetzung der Rüstungen abhängt.

Bei der Begründung seines Antrages führte Lord Cecil aus, daß sich heute zweifellos die Regierungen zahlreicher Länder in Sorge mit der großen bevorstehenden Katastrophe beschäftigen, deren Folgen ganz unberechenbar sein können. Das ist heute der Fall in Oesterreich, wie jedermann weiß. Das wird vielleicht auch in einigen Monaten in Deutschland der Fall sein. Wenn Oesterreich und Deutschland wirtschaftlich zugrunde gehen, so werden die Folgen für ihre Nachbarn, für Europa und sogar für die ganze Welt überaus ernst, vielleicht verhängnisvoll sein. Die Hauptursache der augenblicklichen Krise sah Cecil in der gegenseitigen Verschuldung, die auf allen größeren Staaten Europas laste, und diese Verschuldung, ob es nun Reparationsverpflichtungen oder Kriegsschulden unter den Verbündeten seien, stellten das Gesamtproblem dar, das zur Wiederherstellung Europas gelöst werden müsse. Solange keine Maßnahmen zu diesem Zwecke getroffen seien, sei es aussichtslos, den Sturz der Wechselkurse aufzuhalten und den internationalen Handel wiederherzustellen.

Cecil führte weiter aus, zu dieser Lösung werde man nicht kommen, wenn nicht gewisse Vorbedingungen erfüllt seien. In erster Linie müsse man die Frage im ganzen einschließlich der interalliierten Schulden und der Reparationen erörtern. Angesichts der Tatsache, daß das Problem die ganze Welt angehe, sei es von Bedeutung, daß auch andere Völker, als die unmittelbar interessierten, ihren Teil an der Verantwortung an der schließlichen Entscheidung nehmen. Ferner müsse man sich klar sein, daß, wenn die Zahlungen der Reparationen in bar gemacht werden sollen, die Mittel dazu im Augenblick nur aus einer internationalen Anleihe kommen können. Man müsse unverzüglich an die Lösung des Problems herangehen, da alle Interessierten sich darüber einig seien, daß jetzt auch die Minuten zählten, wenn man Europa noch vor dem finanziellen Zusammenbruch retten wolle.

Der französische Vertreter de Jouvenel erklärte, daß Frankreich mit einer Aussprache hierüber einverstanden sei und daß die französische Delegation bereits bestimmte Vorschläge ausgearbeitet habe; weniger als irgendein anderes Land habe Frankreich Anlaß, in diesem Fall eine negative Antwort zu geben. Um den anderen Delegationen Zeit zur Stellungnahme zu geben, beantragte er, die Fortsetzung der Aussprache auf die nächste Sitzung zu vertagen, worauf er die Aussprache eröffnen wolle. Poullet-Belgien wies auf das besondere Interesse Belgiens an der Lösung der Reparationsfrage hin. Darauf ging der Ausschuß auseinander. Der Antrag Lord Cecils ist, wie man hört, nach vorherigen eingehenden Besprechungen mit de Jouvenel formuliert worden.

Einigung mit Belgien.

Landsberg bei Jaspar.

Wie die Belgische Telegraphenagentur meldet, hat der deutsche Gesandte Landsberg heute vormittag 10 Uhr dem Minister des Auswärtigen Jaspar mitgeteilt, daß die Reichsbank nunmehr bereit sei, die Sechsmonatswechsel im Gesamtbetrage von 270 Millionen Mark, fällig vom 15. Februar bis 15. Juni 1923, unter Verzicht auf die zunächst verlangten Verlängerungen auf 12 Monate und 18 Monate zu unterzeichnen. Unter diesen Umständen faßt die belgische Regierung eine gütliche Lösung der strittigen Frage ins Auge auf der Grundlage, die die belgischen Delegierten in Berlin aufgestellt hatten.

Der Berichterstatter des „Matin“ hatte eine Unterredung mit dem belgischen Minister Theunis über die Frage der deutschen Schatzbonds, der ihm erklärte, daß die Garantien der Reichsbank für die Schatzbonds ausreichend erscheinen. Die Frage des Wertes der Papiere sei eine banktechnische Frage, doch seien sich aber die Techniker über den Wert des Papiers einig. Der beste Beweis dafür sei, daß Belgien sie schleunigst diskontieren lassen werde. Auf eine Frage, ob Belgien an den Besprechungen Havensteins in London beteiligt gewesen sei und ob diese nicht eine Rückwirkung auf die von der Reparationskommission gefaßte Entschließung haben könnte, erklärte Theunis: In keiner Weise, wir haben den Verhandlungen in London ferngestanden. Wir werden von Deutschland Bonds im Einklang mit der Entschließung der Reparationskommission erhalten.

Belgischer Uebergriff in Hamborn.

Am Montag wurden in Hamborn der Kommandant der Schutzpolizei sowie drei höhere und 8 untere Beamte ohne Angabe von Gründen von der belgischen Besatzungsbehörde verhaftet. Es wird vermutet, daß die Verhaftung mit der noch ungeklärten Ermordung des Oberleutnants Graff, deren Untersuchung neue Verdachtsmomente ergeben haben soll, in Zusammenhang gebracht wird. Die Einsprüche der zuständigen deutschen Behörden bei dem kommandierenden General des Brückenkopfes Duisburg sind bisher ohne Erfolg geblieben, zumal der Kommandant selbst nicht anzugeben vermag, ob die Verhaftung nur zum Zwecke einer Zeugenvernehmung erfolgt ist.

Russisch-rumänische Abrüstungsverhandlungen.

Rußland hat Rumänien durch Vermittelung Polens eingeladen, Verhandlungen über Abrüstung und über einen ständigen Vertrag des Nichtangriffs aufzunehmen. Die rumänische Regierung habe in günstigem Sinne geantwortet, dabei aber betont, sie werde keine Erörterung der gegenwärtigen Grenzen Bessarabiens zulassen.

Der Parteitag in Augsburg.

Bericht des Parteivorstandes. — Die Neugliederung des Reiches.

Die eigentlichen Verhandlungen des Parteitages begannen Montag früh im Ludwigsbau des Augsburger Stadttheaters. Genosse Adolf Braun erstattete den Bericht des Parteivorstandes. Er betonte, daß es sich für die Sozialdemokratie bei der Aufstellung ihrer Forderungen nicht um Stimmungen handele, sondern daß die Wünsche auf ihre Erfüllbarkeit geprüft werden müßten, um so die Arbeiterschaft vor Enttäuschungen zu bewahren. Je mehr Unerfüllbares verlangt würde, desto größer sei die Gefahr, daß die Arbeiterschaft in Anarchie, Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit verfiele, was den Tod der Partei bedeuten würde. Die intensivste Tätigkeit erfordere der Wechsel der politischen Situationen. Kein Zweifel könne darüber bestehen, daß das Kapital heute eine Macht darstelle, wie sie kaum größer gedacht werden könne. Das Problem der Geldentwertung und einer erträglichen Lebenshaltung der Arbeiter sei aufs innigste mit der politischen Situation verknüpft, und nur ein Redakteur der „Roten Fahne“ könne glauben, daß diese Frage mit Putschen und Revolutionen sich lösen ließe.

Mit Phantastereien und Utopien werde man die Situation nicht meistern können.

Im Vordergrund der Parteitätigkeit stehe die Aufklärung der Arbeiterschaft über die Voraussetzungen der deutschen Politik. Die Hemmungen, die Deutschland aus dem Versailler Friedensvertrag erwachsen, dürfen nicht übersehen werden. Die gewaltigen Massen der klassenbewußten Arbeiter stehen nicht hinter den Vertretern der Phantastenpolitik, sondern hinter der Sozialdemokratie. Mit Gewalt sei heute für die Arbeiterschaft nichts zu erreichen. Fensterscheiben einschlagen sei keine Kunst, aber welche zu schaffen, das verständen nur wenige. Die Kampfgenossen von der Unabhängigen Partei, denen man heute kameradschaftlich die Hand reiche, hätten nicht selten, ebenso wie die Kommunisten, die Sozialdemokraten mit unmöglichen Forderungen zu übertreffen gesucht, und auch heute suchten die Kommunisten die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf sich mit großspurigen Worten. Die Besserung der deutschen Währung hänge heute von der Möglichkeit einer großen ausländischen Anleihe ab. Deshalb dürfe man sich aber noch nicht fatalistisch in das Schicksal fügen. Nur einem von dauerndem Streben erfüllten Volk werde sich die Welt nicht auf die Dauer verschließen. Es wäre ein Wahnsinn, aus der Verelendung der Arbeiterschaft neue revolutionäre Kräfte zu erhoffen. Diese Verelendung könne wohl zu lärmenden Putschen, aber letzten Endes nur zum Zusammenbruch der Arbeiterschaft führen. Die deutsche Arbeiterschaft habe nach den russischen Verhältnissen keine Sehnsucht. In Moskau blicke man heute sehnsüchtig nach dem Markkurs. Die Not der deutschen Presse sei eine Ergänzung der körperlichen Not des Volkes. Je mehr Deutschland ein demokratischer Staat sei, desto nötiger sei die Presse, und deshalb könne man nur bedauern, daß sich die deutsche Presse in einer solchen Not befinde, und daß viele Blätter zum Tode verurteilt seien.

Die augenblickliche Not habe unter den Arbeitern eine ungeheuer trübe Stimmung hervorgerufen. Diese Stimmung aber dürfe sich nicht in falschen Methoden auslösen. Der Redner wies in einer Zurückweisung der gegen die Reichstagsfraktion erhobenen Vorwürfe darauf hin, daß die Betätigung der Frauen in der Partei lange nicht stark genug sei. Nicht ein Zehntel der gewerkschaftlich organisierten Frauen sei in der Partei organisiert. Es gäbe noch Millionen indifferenter Arbeiter und solche, die in demokratischen und christlichen Gewerkschaften organisiert seien. Deshalb dürfe die Sozialdemokratie auch nicht selbstgefällig sagen, daß sie die Arbeiterklasse darstelle.

Die Partei habe bisher nur zu sehr auf die Gewinnung der Handarbeiter eingestellt und geglaubt, bei den Kopfarbeitern und Beamten mit den alten Methoden arbeiten zu können. Das gehe nicht an, und deshalb müsse man hier zu neuen Methoden greifen. Die Jugend werde nicht so behandelt, wie es ihrer Bedeutung notwendig sei. Die Beamten, die in jahrhundertelanger Entwickelung zu einer Kaste geworden seien, müßten für den sozialdemokratischen Gedanken erst erzogen werden, und deshalb dürfe man nicht glauben, daß sie nach dreijähriger Agitation mit derselben Begeisterung zur Sozialdemokratie kommen würden, wie die Arbeiter. Das bedeutendste Agitationsmittel der Arbeiter sei

die sozialdemokratische Presse,

deren Not ebenfalls zum Himmel schreie. Leider seien manche Parteijournalisten zu sehr Schulmeister, und als eine Entgleisung müsse man es bezeichnen, wenn nach der Ermordung Rathenaus, die alle Sozialisten mit tiefster Wut erfüllt habe, ein Parteiblatt schrieb: „Knüppelt die deutschnationalen Mörderbanden nieder!“ Das sei nicht der Ton, der in einer solchen Situation angebracht sei.

Der Fall Kaliski sei höchst unangenehm, aber daß man Kaliski für maßgebend für die Sozialdemokratie halte und ihn im Reichswirtschaftsrat als Sachverständigen für den Achtstundenarbeitstag heranhole, sei eine Geschmacklosigkeit. Man dürfe dem Fall aber auch nicht mehr Bedeutung beimessen, als notwendig sei. Der Redner empfahl hierzu die Annahme eines Antrages Bielefeld, in dem es heißt: „Der Parteitag gibt der Auffassung stärksten Ausdruck, daß der Achtstundentag gegen jeden Angriff zu schützen ist. Der Parteitag bedauert die Auslassungen einzelner Sozialdemokraten, die geeignet sind, den Achtstundentag zu gefährden.“ Dr. Braun fuhr dann fort: „Dr. Paul Lensch, der früher so radikal war, daß keiner von uns mitkam und jetzt Stinnes überstinnesiert, ist Gott sei Dank ein Einzelfall in der Partei. Es gibt nur wenige bei uns, die sich durch Geld oder einen merkwürdigen Ehrbegriff dazu verleiten lassen, daß sie für die Reaktion arbeiten. Zur Erledigung dieses Falles empfahl Dr. Braun die Annahme eines Antrages Stettin, in dem es heißt: „Die Mitarbeit von Parteigenossen an reaktionären Zeitungen ist mit den Parteipflichten unvereinbar.“

Der Parteikassierer Genosse Wurtels erstattete dann den Bericht über Agitation, Organisation und Kasse. Er betonte, daß eine finanzielle Stärkung eine Lebensfrage für die Partei bedeute und daß es deshalb notwendig sei, die Beiträge der fortschreitenden Geldentwertung anzupassen. Der Wochenbeitrag müsse mindestens 5 Mk. betragen. Darüber hinaus müsse aber dem Parteivorstand die nötige Freiheit für Vornahme jeweiliger Erhöhungen gelassen werden, wobei als durchschnittlicher Monatsbeitrag ein Stundenlohn angesehen werden müsse. Aus dem Bericht ging hervor, daß die Partei in diesem Jahre 1 174 105 Mitglieder zählt gegenüber einer Zahl von 1 221 059 im Jahre 1921 und 1 180 208 im Jahre 1920. Der Rückgang der Mitgliederzahl gegenüber dem Vorjahre beträgt 46 954 oder 3,90 Prozent.

Genossin Marie Juchacz, M. d. R., gab dann einen Ueberblick über die Entwicklung der sozialdemokratische Frauenbewegung und erinnerte in diesem Zusammenhang an das Hilfswerk des Auslandes zugunsten der hungernden deutschen Kinder.

Nach der Mittagspause teilt Wels mit, daß von der S.P.D. und U.S.P. je 180 Delegierte zum

Einigungskongreß in Nürnberg

entsandt werden sollen. Der Parteivorstand schlägt vor, 144 Delegierte zu entsenden, und zwar die Mitglieder des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und die Vertreter der Bezirke. Die Delegierten sollen bis Dienstag fest bestimmt werden. Der Parteitag ist damit einverstanden.

Es folgt die

Debatte über den Vorstandsbericht.

Perner-Hamburg: Ich habe den Auftrag, im Namen der Hamburger sowie der Bevölkerung der preußischen Gebiete, die an Hamburg grenzen, Klage darüber zu führen, wie die Verhandlungen zwischen Hamburg und Preußen über die Hamburger Gebietserweiterung geführt wurden. Ich verteidige nicht den Standpunkt des Hamburger Senats, aber noch mehr als von Hambrg ist von Preußen gesündigt worden. Für uns muß in erster Linie der Wille der Bevölkerung maßgebend sein. Wir beantragen, daß die Partei eine Kommission zusammenberuft, die einheitliche Richtlinien in dieser Frage für die gesamte Partei festzustellen sucht.

Buchwitz-Görlitz erstattet den Bericht der Mandatsprüfungskommission, aus dem hervorgeht, daß 515 stimmberechtigte Delegierte am Parteitag teilnehmen. Alle Mandate werden für gültig erklärt. Darauf wird in der Debatte fortgefahren.

Groszwitz-Frankfu. a. M.: Ich kann nicht die geringen Fortschritte und gelegentlichen Rückschläge in der Partei allein auf die wirtschaftlichen Verhältnisse zurückführen. Unserem Parteileben fehlt die innige Anteilnahme der Parteimitglieder. Redner bemängelt dann die Mitarbeit führender Genossen an bürgerlichen Blättern und kritisiert die Haltung der „Neuen Zeit“ an der Einigungsfrage.

Im weiteren Verlauf der Debatte nimmt dann das Wort der preußische Ministerpräsident Genosse **Otto Braun**:

Die Erklärungen des Vertreters Hamburgs bestätigen das alte Wort, es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Die Frage Groß-Hamburg kann doch unmöglich durch einen Parteitagsbeschluß gelöst werden. Die Schwierigkeiten in Hamburg beruhen auf dem Elend der Kleinstaaterei, das leider in Weimar nicht beseitigt worden ist. (Sehr richtig!) Wenn man von preußischem Partikularismus redet, dann kann man ebenso gut auch von einem Hamburger Partikularismus reden. Der preußische Standpunkt in der Hamburger Frage geht dahin, daß Hamburg von Preußen das erhalten soll, was es zur Erweiterung seines Hafens braucht, damit Hamburg konkurrenz- und leistungsfähiger den anderen Welthäfen gegenüber wird. Aber das ganze Alstertal, in dem die Hamburger gern spazieren gehen wollen, und das geforderte Siedlungs- und Industrieland sind doch nicht zur Entwicklung des Hamburger Hafens notwendig. Gesiedelt werden kann auch unter preußischer Oberhoheit. Die beste Lösung wäre es, wenn Hamburg preußisch würde. (Sehr richtig!) Aber dieser Gedanke ist ja zu vernünftig, als daß er sich in der Politik durchführen ließe. Gehen wir einmal an die Neugliederung des Reiches, dann werden wir uns auch die Frage vorlegen müssen, ob die aus kaiserlichem Wohlwollen entstandenen Privilegien einzelner Städte noch aufrecht zu erhalten sind. (Beifall.)

Türkischer Anspruch auf Thrazien.

Russisch-türkische Einheitsfront.

Associated Preß meldet aus Konstantinopel, Mustafa Kemal Pascha habe heute die alliierten Behörden ersucht, seiner Armee zu gestatten, Thrazien zu besetzen. Er habe dabei nachdrücklich erklärt, daß die Frage der Dardanellen später erörtert werden müsse unter Teilnahme aller Staaten am Schwarzen Meer. Es sei notwendig, daß Thrazien von den nationalistischen Streitkräften besetzt werde, um die muselmanische Bevölkerung zu befreien. Gleichzeitig hat der kemalistische Vertreter in Konstantinopel den britischen Oberkommissar benachrichtigt, daß die Regierung von Angora auf Grund eines mit Sowjetrußland und der Ukraine abgeschlossenen Vertrages nicht in der Lage sei, eine Einladung der Mächte zu einer Konferenz anzunehmen, die sich ausschließlich auf die Erörterung der Dardanellenfrage beschränken würde, sofern nicht Vertreter Sowjetrußlands und der Ukraine gleichfalls an der Konferenz teilnehmen.

„Times“ meldet aus Riga: Eine außerordentliche Konferenz des revolutionären Militärrats unter dem Vorsitz **Trotzkis** hat beschlossen, unverzüglich alle Streitkräfte der kaukasischen Republiken, die russischen im Kaukasus befindlichen Streitkräfte und die Sowjetflotte im Schwarzen Meer zur Aktion vorzubereiten. Ein Korps der Sowjetstreitkräfte sei bereit, Mustafa Kemal Pascha beim Vormarsch auf Konstantinopel zu Hilfe zu kommen.

Kemal Pascha hat, wie die „B. Z. am Mittag“ erfährt, die Sowjetregierung dahin verständigt, daß er nach wie vor auf dem Boden des am 16. März 1921 abgeschlossenen Vertrages zwischen Angora und Moskau stehe. In diesem Vertrage ist ausdrücklich vorgesehen, daß die Angoraregierung sich nicht an einen Tisch mit den Westmächten zu setzen vermag, wenn nicht Sowjetrußland als gleichberechtigtes Mitglied dabei ist. Kemal will ohne Tschitscherin nicht verhandeln. Deshalb wird Tschitscherin seinen Aufenthalt in Berlin abkürzen und nach Moskau zurückkehren.

Ungeklärte Stellung der Alliierten.

Wie der „Petit Parisien“ zu wissen glaubt, hat die Angoraregierung sich beeilt, auf den von Frankreich, England und Italien unternommenen Schritt in einem gleichzeitig gemäßigten und festen Ton zu antworten. Die Antwort geht dahin: Die Zone, zu deren Respektierung Sie uns auffordern, ist durch ein Dokument festgelegt worden, das wir nicht kennen, den Friedensvertrag von Sèvres. Wie vorausgesetzt, erkennen wir Eure vorläufige Anwesenheit dort an, wo Ihr Euch drei Jahre festgesetzt habt, sowie Euren Anspruch, zu dem Abschluß eines endgültigen Friedens mitzuwirken. Gegen diese Punkte werden wir nichts unternehmen, d. h. Ihr braucht nicht besorgt zu sein, daß wir auf Konstantinopel, Gallipoli und die Tschatschaldschalinie in Ost-Thrazien vormarschieren, aber Ihr sollt uns nicht daran hindern, diejenigen Punkte zu besetzen, an denen Ihr bisher nicht gewesen seid, an denen bisher nur die griechische Armee stand.

Wie der „Matin“ mitteilt, hat der französische Geschäftsträger in London bei seinem Besuch in foreign office der englischen Regierung die Art und Weise zur Kenntnis gebracht, die Frankreich die Regelung des Friedens im Orient beabsichtige und England Mitteilung gemacht von der Erregung, die sich der öffentlichen Meinung in Frankreich bemächtigt habe und von der Unruhe, die die französische Regierung angesichts der letzten Erklärung der englischen Regierung empfinde. Er habe betont, daß in keinem Fall französische Truppen an der Seite der Griechen kämpfen könnten und mitgeteilt, daß, um einen Konflikt zwischen den französischen Truppen und den Türken zu vermeiden, Frankreich beschlossen habe, innerhalb 24 Stunden seine Truppenabteilungen, die gegenwärtig verschiedene Punkte der neutralen Zone besetzt hielten, zurückzuziehen.

Reuter erfährt von maßgebender englischer Seite, es sei keine Rede davon, daß die britische Regierung irgendetwas unternehmen werde, was auf einen Krieg hinausgehe, oder daß sie neue Operationen zu Lande oder zu Wasser plane; die Frage, um die es sich handle, sei lediglich der Schutz der alliierten Streitkräfte im Orient gegen jede mögliche Gefahr und nicht ein Krieg gegen irgend jemand. Kemal Pascha sei davon benachrichtigt worden, daß er diese Zone nicht verletzen dürfe.

Paris, 19. Sept. Wie das „Echo de Paris“ mitteilt, hat der jugoslawische Minister des Aeußern, Nintschitsch in Paris wissen lassen, daß die Belgrader Regierung nichts gegen eine Zuteilung Thraziens mit Einschluß Adrianopels an die Türken einzuwenden habe.

Deutsche Volkswirtschaft.

18 Millionen Zentner Gerste zu Bier gemacht.

Durch den Krieg hat Deutschland 13 v. H. seiner Anbaufläche für Brotgetreide verloren, und nur ungefähr halb soviel von seiner Bevölkerung. An Getreide sind 1921 fast 10 Millionen Tonnen weniger geerntet worden als im Jahre 1913 auf demselben Ackerboden. Gegen 2 Millionen Tonnen Brotkorn mußten zuletzt aus dem Ausland zu einem überaus hohen Preis eingeführt werden, um den notwendigen Bedarf der Bevölkerung an Brot, Mehl und sonstigem Gebäck zu decken. Und trotz alledem sind im Rechnungsjahr 1921 allein, nach amtlichen Angaben, über 18 Millionen Zentner Gerste (zwei Drittel Millionen Tonnen), ein Drittel der gesamten Gersteneernte, zu Bier vergoren worden!

In Wirklichkeit dürften diese Zahlen noch erheblich höher sein. Bier und Chauvinismus scheinen sich, besonders in Bayern, wie Ursache und Wirkung zu verhalten.

Im ersten Halbjahr 1922 wurden eingeführt:
Tabak im Werte von 2½ Milliarden Mark.
Kaffee im Werte von 1¼ Milliarden Mark.
Wein und Most im Werte von ½ Milliarde Mark.
Liköre, Branntwein im Werte von ½ Milliarde Mark.

Kommentar dieser Zahlen ist bei der fürchterlichen Hungersnot in Deutschland überflüssig.

Der Kampf um den Achtstundentag in Frankreich.

Nach einer Matinmeldung aus Brüssel hat der Eisenbahnarbeiterverband beschlossen, sich mit den französischen Arbeitern solidarisch zu erklären, falls diese für die Aufrechterhaltung des Achtstundentages streiken.

Vorgestern ist es in Le Havre und Marseille zu Zwischenfällen gekommen. Die Mannschaften der Schiffe lehnten es ab, länger als acht Stunden zu arbeiten. Die Abfahrt des Ueberseedampfers „Lafayette“ in Le Havre sowie verschiedener anderer Dampfer in Marseille wurde auf 24 Stunden hinausgeschoben.

Die erste Sitzung des Staatsgerichtshofs. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat das Verbot des „Göttinger Tageblatts“ aufgehoben. — Der Termin für den Rathenauprozeß ist endgültig auf den 3. Oktober festgelegt worden.

Herriots Mission in Moskau. Wie der „Ost-Expreß“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, verfolgt die Reise des französischen Senators Herriot nach Moskau nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Ziele, wenn auch Herriot nicht als offizieller Vertreter der französischen Regierung anzusehen ist. Seine Reise wird vermutlich nicht weniger als einen Monat dauern. Herriot wird Moskau, Charkow und das Donez-Becken besuchen. Nach seiner Unterredung mit Tschitscherin hat Herriot auch mit dem Chef der sowjetrussischen Handelsmission in Berlin, Stomoniakow, verhandelt.

Wilhelms Freite.

Von Kreuzwendedich Rückwärts, kgl. preuß. Hof- und Bänkelsänger.

Tll. meldet: Der Generalbevollmächtigte des Königlichen Hauses, Wirklicher Geheimer Rat von Berg, gibt folgendes bekannt: „Seine Majestät der Kaiser haben sich entschlossen, eine neue Ehe einzugehen, und werden voraussichtlich im November d. Js. die verw. Prinzessin Hermine v. Schoenaich-Carolath, geborene Prinzessin Reuß ä. L. als Gattin heimführen.“

Heil will unser Leid versüßen:
Wilhelm geht auf Freiersfüßen.
Und er nimmt — ich bin ganz platt —
Eine Schönaich-Carolath.
IHN, den dreiunddreißigjährgen,
Sehn demnächst wir, wie als Pärchen
Treibt den allerschönsten Flirt er. —
Kinder, Kinder, wird er, wird er?

Wirklich, das ist sehr gelungen:
Erst schreibt er Erinnerungen,
Plötzlich — schwupp — auf einen Rutsch
Ist ihm die Erinnrung futsch
An die selige Auguste.
Schnuppe ist sie ihm, ganz pulle!
Ach, der Patriot, mir scheint,
Hat umsonst um sie geweint.
Bänglich staunt jetzt ganz verwirrt er:
Kinder, Kinder, wird er, wird er?

Auch beim „Bunde der Aufrechten“
Sieht man zages Händeflechten.
Diese Sache kommt ihm vor
Wie ein Schlag in sein Kontor.
Ganz verdattert alle stieren:
Gratu- oder kondolieren?
Sprosse adligster Geschlechter,
Bist du jetzt noch ein Aufrechter?
Unglückseliger Verirrter!
Kinder, Kinder, wird er, wird er.“

„Der Jud' ist schuld?“

Viktor Adler, dem viele treffliche Worte zu danken sind, hat auch den Antisemitismus richtig gekennzeichnet als den „Sozialismus der dummen Kerle“. In Deutschland fing die Judenhetze Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts an. Für alle Schlechtigkeiten der Welt wurden die Juden verantwortlich gemacht. Sie hatten schuld am Ausbruch der Cholera in Hamburg; sie vergifteten Brunnen und schlachteten Christenkinder; sie waren schuld, wenn die Bauern nicht genug verdienten, weil sie selbst die Geschäfte machten.

Daß die Juden besonders gewandte Geschäftsleute sind, hat seine sehr verständlichen Ursachen: es war ihnen jahrhundertelang in Deutschland **verboten ein Handwerk zu betreiben**; sie mußten in abgeschlossenen Stadtteilen wohnen — im Ghetto — und durften ihren Lebensunterhalt nur durch Handel erwerben! Das Handeln galt früher keineswegs als „ehrlos“, das Handwerk hatte aber den bekannten „goldenen Boden“ — deshalb durften die Juden nicht Handwerker werden. Daß ein Beruf, der durch Jahrhunderte von den Vätern auf die Söhne vererbt und weiter entwickelt wird, schließlich auch besondere Fähigkeiten zeitigt und eine gewisse Ueberlegenheit herbeiführen kann, ist durchaus einleuchtend. Warum hebt man denn von besonders befähigten Förstern und Juristen hervor, daß alle ihre Vorfahren den gleichen Beruf ausgeübt oder die gleiche Wissenschaft studiert haben? Warum betont man das gleiche von Handwerkern und Künstlern? Wenn also die Juden jetzt besonders fähige Handelsleute und vielfach tüchtige Kaufleute sind, so ist das — wenigstens in Deutschland — zum guten Teil zurückzuführen auf die Kurzsichtigkeit früherer Gewalthaber.

Es wäre lächerlich den Nachweis führen zu wollen, daß es unter den Juden schlechte Kerle nicht gibt. Aber welche Rasse oder welcher Stand ist denn frei von schlechten Menschen? So verbrecherisch es ist, die Juden verantwortlich zu machen für die Handlungen eines ihrer Glaubensgenossen, so unsinnig wäre es, alle Konservativen und Deutschnationalen verantwortlich zu machen für die Schlechtigkeiten des verstorbenen Parteiführers, den sie jemals gehabt haben: des Freiherrn Hammerstein. Sind alle Offiziere unwürdige Menschen, weil sich einige unwürdig benommen haben? Alle Geistlichen, alle Lehrer, alle Beamten — sind sie alle schlecht, weil einige ins Gefängnis oder ins Zuchthaus haben wandern müssen?

Eine abscheulichere Agitation als die Judenhetze ist überhaupt nicht auszudenken. Rathenau war ein Mann so hoher Kultur, daß man wohl sagen kann, er hatte im kleinen Finger mehr Verstand als hundert Judenhetzer in ihren Spatzenhirnen zusammen.

Der schamlosen Hetze, richte sie sich gegen einzelne Personen oder gegen eine Rasse, muß unter allen Umständen ein Ende bereitet werden. Das antisemitische Gift, das seit Jahren von gewissenlosen Burschen verspritzt worden ist, kann nur unschädlich gemacht werden durch eine energische Aufklärungsarbeit

Der Feind der Republik und jeden politischen Fortschritts steht rechts und seine Waffen sind der Antisemitismus, die Verleumdung, der Revolver und die Blausäure.

Philipp Scheidemann.

Die soeben erschienene Nr. 24 des „Simplicissimus“ enthält u. a. folgende Zeichnungen: „In 8000 Meter Höhe“ von E. Thöny, „Berliner Bilder“ von Karl Arnold, „Moratorium“ und „Freibrief“ von E. Schilling, „Stammwürze“ von O. Gulbransson, „La bestia trionfante“ von Wilhelm Schulz und sechs kleine Zeichnungen von Th. Th. Heine. Textlich ist die Nummer ausgestattet mit zwei Skizzen: „Reflexe“ von Ludwig Beil und „Kapitän Hopwoods Erlösung“ von Hermann Horn, ferner mit je einem Gedicht: „Herbst“ von Ratatöskr, „Zum Bockspringen“ von Joachim Ringelnatz und „Die bittere Pille“ von Peter Scher. Dann folgen größere Beiträge sowie sechs Beiträge unter „Lieber Simplicissimus!“ und „Vom Tage!“.

Der „Simplicissimus“ kostet pro Nummer 15 Mark. Man kann ihn beziehen durch alle Postämter und Buchhandlungen oder direkt vom Simplicissimus-Verlag G. m. b. H. & Co. in München

„Der Firn“, sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben. Aus dem Inhalt des neuesten Heftes des 3. Jahrganges heben wir folgende bemerkenswerte Artikel hervor: Das Ende der S.P.D. (Leiter): An unsere Leser!; Otto Corbach: Ostasiatische Probleme I: Das moderne China; Arnold F. Müllenhof: Das Geistige im Sozialismus; Heinrich Ströbel: Der „Weber“-Dichter und die Sozialdemokratie; Studienrat Dr. Erich Witte: Die Sozialdemokratie und das humanistische Gymnasium I. Blicke vom Firn. — „Der Firn“ erscheint halbmonatlich und ist durch alle Buchhandlungen, alle Postanstalten oder direkt vom Verlag „Der Firn“, Berlin W 35, zu beziehen. Abonnementspreis: vierteljährlich (6 Hefte) 55 Mark; Einzelheft 10 Mk.; Probenummern kostenlos.

nossenschaft ermöglicht aber durch diese baupolizeiliche Forderung eine weitere Ausgabe von 200 000 Mark.

Nach einer kurzen Entgegnung des Senators Leske, in der dieser darauf hinwies, daß die Zuschüsse für die Genossenschaften von dem aus allen Parteien zusammengesetzten Stadtverordnetenausschuß bewilligt werden, wird die Senatsvorlage unverändert angenommen. Weiter erklärt sich die Stadtverordnetenversammlung damit einverstanden, daß mit Wirkung vom 1. Oktober die Kanalgebühren auf den vierfachen Betrag erhöht werden. Die Kosten für den Bau einer 15 000-Volt-Leitung von Langfuhr nach Zoppot wurden nach kurzer Aussprache bewilligt. Die Beratung einiger Haushaltspläne wurde auf die nächste Sitzung vertagt.

Aus dem Osten.

Stettin. Neue Löhne für Werftarbeiter. Freitag tagte in Hamburg ein Schiedsgericht, welches folgende Löhne für die Werftarbeiter festsetzte: für Gelernte 42—44 Mark, für Angelernte 39—41 Mk., für Ungelernte 36 bis 38 Mark, für Ausgelernte 27 Mk., für Jugendliche 8, 10, 14, 17, 20 und 22 Mark. Diese Löhne gelten vom 18. September bis 1. Oktober. In einer Vertrauensmännersitzung der Arbeiter sämtlicher Werften Stettins beschäftigte man sich mit dem zur Abstimmung stehenden Schiedsspruch. Die Kommunisten benutzten diese Gelegenheit, um ihr Parteigeschäft zu betreiben. Sie brachten eine Resolution ein, worin zur Wahl zum Reichs-Betriebsrätekongreß aufgefordert wird. Damit fanden sie aber wenig Gegenliebe bei den Vertrauensmännern. Diese lehnten vielmehr mit übergroßer Majorität die Resolution ab.

Binz a. R. Drei Opfer einer Pilzvergiftung. Hier ist ein Schnitter an Pilzvergiftung (angeblich nach dem Genuß von Steinpilzen) gestorben. Zwei Kinder des Schnitters waren bereits verstorben, ehe der Vater ärztliche Hilfe suchte. Möglich ist, daß unter die Pilzgerichte Giftpilze — bei den Steinpilzen z. B. der Satanspilz — geraten waren. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß die gesammelten eßbaren Pilze bei der abnormen Witterung dieses Jahres in Fäulnis übergegangen waren. Auf diese Gefahr seien die Pilzsucher in diesem Jahre ganz besonders warnend hingewiesen. Ein Schüler erkrankte z. B. nach dem Genuß von Pfefferlingen, konnte aber durch ärztlichen Eingriff gerettet werden.

Schwerin a. W. Ein schweres Brandunglück, das leider einen Todesfall zur Folge hatte, ereignete sich im Benzinschuppen des Maschinenfabrikanten Gustav Becker. Ueber die Entstehungsursache wird mitgeteilt, daß Becker kurz zuvor den Schuppen betreten hatte, jedoch sofort als brennende Feuersäule herausstürzte; er wurde sogleich von den schnell herbeigeeilten Anwohnern in das Krankenhaus geschafft.

Dirschau. Polnisches Einschüchterungsverfahren. Am Sonnabend nachmittag wurden in Dirschau auf Anordnung der Polizei im Bureau des Deutschtumsbundes, im evangelischen Pfarrhaus und in der Herberge zur Heimat Haussuchungen abgehalten. In das Bureau des Sejmabgeordneten Heicke, das neben dem Geschäftszimmer des Deutschtumsbundes gelegen ist, versuchte man anfänglich auch einzudringen, gab es jedoch schließlich auf. Die „Dirschauer Ztg." schreibt hierzu: Uns sind natürlich Gründe und Zwecke der behördlichen Maßnahmen verschlossen, wir wissen auch nicht, ob nicht wieder irgendeine verlogene Denunziation ihr Ausgangspunkt ist, das muß jedoch gesagt werden, daß Haussuchungen in der Wahlzeit bei dem Unbefangenen stets den Verdacht erregen müssen, als seien sie eben nicht zufällig in die Wahlzeit hineinverlegt. Wer jetzt aus diesen Ereignissen die Hoffnung schöpfen möchte, daß sie eine Wahlunlust bei den Deutschen hervorrufen werden, der wird bald merken, daß der Erfolg ein gegenteiliger ist; nicht Beunruhigung, sondern festerer Zusammenschluß.

Marienburg. Redakteur Dr. Reis ist aus der Redaktion der „Marienburger Zeitung" ausgeschieden. R. leitete die „M.Ztg." in extrem-deutschnationalem und arbeiterfeindlichem Sinne.

Memel. Zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Am 15. November v. Js. wurde das Dienstmädchen Jedwillaitis aus [illegible] vom Schwurgericht in Memel zum Tode verurteilt, weil es die Besitzerwitwe Anna Wahl in Schustern ermordet hatte. Das Dienstmädchen unterhielt ein Liebesverhältnis mit dem Sohn der Ermordeten, Alexander Wahl. Da aber die Mutter einer Heirat im Wege stand, beschloß die Jedwillaitis, sie zu beseitigen. Am 8. September erschlug die J. die Besitzerwitwe und warf die Leiche in einen Brunnen. Nachdem die Revision verworfen war, richtete die Angeklagte ein Begnadigungsgesuch an den Memeler Oberkommissar. Die Verurteilte wurde darauf zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Goldap. Mit seiner Frau in Streit geriet der Besitzer Schwedux aus Gr. Rominten bei der Rückkehr vom Jahrmarkt in angetrunkenem Zustande. Als er seine Frau schlagen wollte, griff der 20jährige Sohn Fritz nach der Axt und schlug damit auf seinen Vater ein, so daß er einen Schädelbruch erlitt und in das hiesige Kreiskrankenhaus gebracht wurde, wo er verstorben ist.

Libau. Der norwegische Dampfer „Brennaar" hat ein aus Nidden stammendes Boot mit vier Fischern auf See angetroffen, und nach Libau gebracht. Weiter sind in den letzten Tagen vier in Seenot geratene Fischerboote mit 16 Fischern nach Libau verschlagen worden. Die Fischer, die beim Dorschfang auf See vom Sturm überrascht wurden, gaben an, daß sie litauische Staatsangehörige sind und aus dem in der Gemeinde Polangen belegenen Dorfe Kurnigischki stammen. Auch eine Anzahl lettischer Fischer ist beim letzten Sturm vor Libau in Seenot geraten. Den Fischern Hilfe zu leisten, begaben sich die Bugsierdampfer „Austra", „Vorwärts" und „Paligös" aufs Meer. Es gelang ihnen auch, mehrere Boote zu bergen.

Aus aller Welt.

Schweres Eisenbahnunglück. Auf der Bahnstrecke Augsburg—Welden entgleiste in der Nähe von Augsburg ein Personenzug. Lokomotivführer und Heizer wurden getötet, mehrere Reisende wurden schwer verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

Ein Mord im „Freudenhaus" in Magdeburg. Das Freudenmädchen Elli Zander wurde in ihrem Zimmer ermordet aufgefunden. In ihrer linken Brustseite stak ein ihr gehöriges Küchenmesser bis zum Heft. Kinn und Hals wiesen starke Würgemerkmale auf. Im Mund befand sich ein dicker Knäuel aus weißem, unbedrucktem Papier. Ihre neue dunkelbraune Brieftasche mit etwa 3000 Mark Inhalt ist geraubt.

Raubüberfall auf Bestellung. Am Freitag wurde der 15 Jahre alte Laufbursche Joseph Beck auf der Treppe zu den Bureauräumen eines Großhandelsgeschäftes in Berlin hilflos aufgefunden. Er war übel zugerichtet: seine Augen waren durch eingestreuten Pfeffer so schwer entzündet, daß er nicht sehen konnte. Der Bursche gab an, daß er von einem unbekannten Manne überfallen worden sei, und daß dieser ihm 200 000 Mark, die er von dem Hauptgeschäft geholt hatte, geraubt hätte. Die weiteren Ermittelungen ergaben aber, daß ein gewisser Karl Lanke den Raubüberfall auf den Laufburschen nach Verabredung mit diesem und dessen Bruder ausgeführt hatte. Er hatte Beck, als er mit dem Gelde das Haus betrat, aufgelauert, das Geld in Empfang genommen und ihm dann ohne viel Umstände eine Portion Pfeffer in die Augen gestreut. Der „Räuber" brachte das Geld nach seiner Wohnung in der Gipsstraße und vergrub es im Keller. Da er dabei aber beobachtet worden war, suchten die Beamten nach und fanden auch noch das ganze Geld. Der „Räuber", der „Ueberfallene" und dessen Bruder wurden verhaftet.

Betrügereien eines früheren Gerichtsassessors. Vor einiger Zeit wurden in verschiedenen Berliner Postämtern mit gefälschten Kreditbriefen Betrügereien verübt. Dasselbe taten die Betrüger auch in Leipzig und Breslau. Die Postkreditbriefe, die sie zur Abhebung des Geldes benutzten, waren sehr gut gefälscht und enthielten auch den Abdruck schwer nachzuahmender Hochdruckstempel. Jetzt ist es der Kriminaldienststelle gelungen, der Schwindlergesellschaft in Altona auf die Spur zu kommen und sie zu verhaften. Der Urheber des Schwindels ist der 30jährige frühere Gerichtsassessor [illegible] Schön, der schon wiederholt wegen Betruges mit Zuchthaus vorbestraft ist. Von dem veruntreuten Gelde konnten nur noch 80 000 Mk. beschlagnahmt werden.

Millionendiebstahl in einem Berliner Hotel. Ein äußerst verwegener Hotelraub wurde in einer der letzten Nächte in einem Hotel am Potsdamer Platz in Berlin verübt. Der Täter kletterte an der Straßenfassade bis zum Balkon im ersten Stock empor und stieg durch eine offenstehende Tür in ein Hotelzimmer ein, in dem zwei Damen aus Wien logierten. Eine dieser Damen wurde durch das Geräusch plötzlich wach und sah, wie ein fremder Mann eine Handtasche, die 13 000 Mark bares Geld und Schmucksachen im Werte von 3 Millionen Mark enthielt, vom Nachttisch raubte. Als der Räuber bemerkte, daß die Dame erwacht war, zog er einen Revolver, schlug diesen auf die erschreckte Dame an und ging dann rückwärts mit der wertvollen Beute nach dem Balkonfenster, um wieder auf demselben Wege zu verschwinden, auf dem er gekommen war. Ehe die Beraubte sich noch von ihrem Schreck erholen konnte, war der Dieb bereits spurlos verschwunden.

Die Rache der verlassenen Braut. Auf recht unliebsame Weise wurde am Sonnabend ein junges Paar, das den Bund fürs Leben schließen wollte, an einer kirchlichen Trauung verhindert. Als die Tochter des Konfektionärs S. in Berlin festlich geschmückt an der Seite ihres Bräutigams gerade aus dem Hausflur trat, um den Brautwagen zu besteigen, ergoß sich plötzlich über ihr kostbares Brautkleid ein Strom von Tinte, der blendendes Weiß im Nu in tiefes Schwarz verwandelte. In dem gleichen Augenblick erhielt der Bräutigam ein paar schallende Ohrfeigen, daß er zurücktaumelte. Der Gang zur Kirche war in diesem Aufzuge natürlich nicht möglich, und so schritt das übel zugerichtete Paar in die Wohnung zurück, die Hochzeitskutsche fuhr unbenutzt ab, und der Vater der jungen Braut begab sich in einem besonderen Wagen zur Kirche, um den dort wartenden Pfarrer zur Vornahme der Trauung in der Wohnung herbeizuholen. Die Uebeltäterin, die sich unter der großen Zuschauermenge aufgehalten, war so schnell, wie sie ihr Attentat ausgeführt hatte, verschwunden. Die aufgenommene Verfolgung einer empörten Zuschauerin war ergebnislos. Wie sich herausstellte, handelte es sich um ein Mädchen, das an dem Bräutigam, der Vater ihres Kindes ist, auf diese Weise hatte Rache nehmen wollen.

Versammlungs-Anzeiger

S.P.D. Frauenkommission.
Mittwoch, den 20. Sept., abds. 7 Uhr im Parteibureau: Wichtige Sitzung.

Sozialdemokratischer Verein Zoppot.
Mittwoch, den 20. Sept., abends 7 Uhr im Einküchenhaus, Bergstraße: Diskutierabend.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.
Freitag, den 22. d. Mts., abends 7 Uhr, Heveliusplatz Nr. 1/2, Zimmer 44, Afa-Vorstandssitzung.

Touristenverein „Die Naturfreunde":
Donnerstag, 21. Sept.: Vortrag über Kartenlesen.

Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller.
Freitag, den 22. d. M., abends 6½ Uhr, Tischlergasse 49 Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Engel-Berlin über unsere Gewerkschaften im gegenwärtigen Wirtschaftsleben. 2. Verschiedenes.

Deutscher Metallarbeiter-Verband!
Heizungsmonteure, Klempner, Installateure: Donnerstag, den 21. Sept., abends 6 Uhr: Branchenversammlung in der Maurerherberge, großer Saal.
Vertrauensleute der Danziger Werft und Eisenbahn-Hauptwerkstatt! Freitag, den 22., gleich nach Feierabend, Heveliusplatz, Zimmer 70, Vertrauensmännerversammlung. Ausweiskarte mitbringen.

Der Sprung in die Welt

23 **Ein Jungarbeiterroman von Artur Zickler.**

Hans war sich zuerst nicht schlüssig, was er antworten sollte, weil er darüber nachdachte, welche Absicht den Mann bewegen mochte, sie anzusprechen. Wahrscheinlich, schloß er, ist er Vertreter einer jener christlichen Vereine, die jede Gelegenheit benutzen, um in Mission zu machen und „Seelen zu retten".

„Ostwind, mein Herr, Ostwind . . ." gab Rudi zur Antwort und verzog keine Miene dabei.

„Das ist eine gute Antwort", lächelte der Mann und klopfte Rudi auf die Schulter. „Wenn es euch recht ist und ihr Zeit habt, schlendern wir ein paar Stunden herum, und ich zeige euch, was hier in Köln des Ansehens wert ist." Die Freunde nickten, und nun traten alle drei in die Kühle des Doms. Ihr Schritt hallte an den Säulen des Schiffes empor; Sonnenlicht fiel in schrägen Balken über das alte Gestühl, dazu leuchtendes Buntglas, schimmerndes Metall, ehrwürdige Schnitzerei. Irgendwo übte ein Chor, Stimmen wanderten und tanzten durch die Kreuzgänge, schwangen sich hinauf ins Gewölbe und kehrten zum Ohr zurück. In den Beichtstühlen knieten Gläubige und flüsterten leise durch die Gitter, hinter denen die Beichtväter lehnten, horchten und nickten. Sinnend blickten die gemalten Kirchenväter aus ihren Ornaten. Hinter dem Altargitter blitzten Gold und Silber, feiner Modergeruch mischte sich mit dem süßlichen Dunst des Weihrauchs, der durch das einfallende Licht seine Schwaden zog. Der Fremde wußte viel zu erzählen, er tat es nicht lehrend, durchflocht vielmehr die alten Legenden und Berichte mit dem Humor einer Skepsis, die Hans von dem Verdachte abbrachte, die neue und bislang angenehme Bekanntschaft könne mit einem Bekehrungsversuche enden. Sie traten wieder in das weiße Licht des Tages hinaus, der Fremde ging mit ihnen in ein Lokal, zum Kaffeetrinken. Während er bisher die ganze Unterhaltung beinahe allein bestritten hatte, ließ er sich jetzt von der Freunde Fahrten,

er zu neuem Aufbruch und führte sie in die Kapelle der alten Jesuitenschule, von da in andere Kirchen und Kapellen, die Stunden vergingen im Fluge. Gegen Abend füllten sich überall die Gotteshäuser, Weihrauch und der eintönige Gesang der Litaneien schlugen auf die Straßen heraus, die von der untergehenden Sonne mit Gold überschüttet wurden. Wieder lud sie der fremde Mann, dessen Namen sie nicht einmal kannten, zum Essen ein, diesmal in eine Bierstube, wo es lustig herging und auf eine gute Küche gehalten wurde. Nach dem Essen fragte der Fremde: „Wollen wir noch einen Schoppen Wein trinken?" und ließ drei Römer funkelnden Rheinweines bringen. Der Wein ließ sich nach dem guten Essen prächtig an; den anderen Gästen war anscheinend nicht weniger wohl zumut, an allen Tischen wurde geprostet und gesungen — eine fröhliche Stadt!

In der kühleren Luft der Straße erst merkte Hans, daß nicht nur bei Rudi, sondern auch bei ihm das Gleichgewicht etwas unsicher geworden war, der Gastgeber meinte: „Na, ihr Welteroberer, ich glaube, der Wein ist stärker als ihr!" — worauf sich die beiden zusammenrissen, um klaren Kurs zu segeln. Sie waren an einem Schaufenster stehen geblieben, als Hans von einem jungen Arbeiter am Aermel gezupft wurde, der ihn bat, ein paar Schritte beiseite zu kommen.

„Ihr seid Zugereiste?"

„Ja . . ."

„Seid ihr organisiert?" Hans nickte und griff nach der Brusttasche. Der andere winkte ab.

„Laß man, ich glaube es schon. Eine wichtige Frage: kennt ihr den Mann, der bei euch ist?"

„Nicht besonders. Er hat sich uns heute nachmittag angeschlossen und hat sich sehr anständig gezeigt. Warum fragst du danach?"

„Ich kenne den Mann besser als ihr. Nehmt euch vor ihm in acht — ich warne euch. Habt ihr schon Quartier für die Nacht?" Hans schüttelte den Kopf.

„So geht zu Josef Imhoff am Perlgraben, dort findet ihr bestimmt ein gutes Unterkommen. Vielleicht treffen wir uns in der Gaststube, ich bin heute abend bestimmt dort.

Rudi und der Fremde warteten in einiger Entfernung. Hans bedauerte den Zwischenfall, denn wenn sie auch den neuen Freund erst wenige Stunden kannten, war ihm doch klar, daß sie es mit einem vornehmen Menschen zu tun hatten, der nichts Gemeines gegen sie im Schilde führen konnte.

„Was wollte man von Ihnen?"

„Wir sollen uns vor Ihnen in acht nehmen . . ."

„Das habe ich mir gedacht. Es ist schade, aber nun müssen wir uns voneinander verabschieden . . ."

„Wir haben volles Vertrauen zu Ihnen . . ."

Der Fremde lächelte: „Trotzdem — ich wünsche euch Glück und Gesundheit!" Er zog den Hut, schüttelte beiden die Hände und verschwand im Straßengetriebe.

* * *

Die Straße von Köln nach Bonn war sehr langweilig gewesen. Ein heißer Tag, Rübenfelder — müde und bestaubt kamen sie um das Abendläuten in die Stadt. „Ein Tränkelein, ein Fräßchen und ein Bettlein . . ." murmelte Rudi vor sich hin. Am Marktplatz stellte sich breitbeinig ein junger blonder Mensch von hohem Wuchs vor sie in den Weg, zeigte seine blitzenden Zähne und sagte fröhlich: „Servus, Kameraden!" Er war in gutes Loden gekleidet und trug einen Rucksack wie die Freunde. Man beroch sich, und es stellte sich heraus, daß der junge Mensch, der von außerordentlicher Schönheit war, Hannes Klöhn hieß und Technik studierte. Er war in Kiel zu Hause und hatte sich für zwei Monate freigemacht, um den Rhein hinunterzuwandern. Seit vierzehn Tagen unterwegs, war ihm noch heute keine rechte Kumpanei über den Weg gelaufen, die er offensichtlich in den Freunden vermutete.

„Es soll uns recht sein", erklärte Hans, und sie wechselten Handschlag auf gute Kameradschaft. Dann suchten sie Quartier und fanden es in einem kleinen Gasthof, wo ehrsame Honoratioren am Wein saßen und von ihren kleinen Geschäftssorgen plauderten. Die frischgebackenen Freunde tranken noch ein wenig, Hannes erzählte Mädchengeschichten, die er mit Vorliebe zu erleben schien, bis sie der Hausknecht über den Hof führte, über eine hölzerne Stiege in ein großes geräumiges Zimmer.

(Fortsetzung folgt.)

Nach der Mittagspause teilt Wels mit, daß von der S.P.D. und U.S.P. je 150 Delegierte zum

Einigungskongreß in Nürnberg

entsandt werden sollen. Der Parteivorstand schlägt vor, 144 Delegierte zu entsenden, und zwar die Mitglieder des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und die Vertreter der Bezirke. Die Delegierten sollen bis Dienstag früh bestimmt werden. Der Parteitag ist damit einverstanden.

Es folgt die

Debatte über den Vorstandsbericht.

Perner-Hamburg: Ich habe den Auftrag, im Namen der Hamburger sowie der Bevölkerung der preußischen Gebiete, die an Hamburg grenzen, Klage darüber zu führen, wie die Verhandlungen zwischen Hamburg und Preußen über die Hamburger Gebietserweiterung geführt wurden. Ich verteidige nicht den Standpunkt des Hamburger Senats, aber noch mehr als von Hamburg ist von Preußen gesündigt worden. Für uns muß in erster Linie der Wille der Bevölkerung maßgebend sein. Wir beantragen, daß die Partei eine Kommission zusammenberuft, die einheitliche Richtlinien in dieser Frage für die gesamte Partei festzustellen sucht.

Buchwitz-Görlitz erstattet den Bericht der Mandatsprüfungskommission, aus dem hervorgeht, daß 419 stimmberechtigte Delegierte am Parteitag teilnehmen. Alle Mandate werden für gültig erklärt. Darauf wird in der Debatte fortgefahren.

Broßwitz-Frankfurt a. M.: Ich kann nicht die geringen Fortschritte und gelegentlichen Rückschläge in der Partei allein auf die wirtschaftlichen Verhältnisse zurückführen. Unserem Parteileben fehlt die innige Anteilnahme der Parteimitglieder. Redner bemängelt dann die Mitarbeit führender Genossen an bürgerlichen Blättern und kritisiert die Haltung der „Neuen Zeit" an der Einigungsfrage.

Im weiteren Verlauf der Debatte nimmt dann das Wort der preußische Ministerpräsident Genosse Otto Braun:

Die Erklärungen des Vertreters Hamburgs bestätigen das alte Wort, es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Die Frage Groß-Hamburg kann doch unmöglich durch einen Parteitagsbeschluß gelöst werden. Die Schwierigkeiten in Hamburg beruhen auf dem Elend der Kleinstaaterei, das leider in Weimar nicht beseitigt worden ist. (Sehr richtig!) Wenn man von preußischem Partikularismus redet, dann kann man ebenso gut auch von einem Hamburger Partikularismus reden. Der preußische Standpunkt in der Hamburger Frage geht dahin, daß Hamburg von Preußen das erhalten soll, was es zur Erweiterung seines Hafens braucht, damit Hamburg konkurrenz- und leistungsfähiger den anderen Welthäfen gegenüber wird. Aber das ganze Alstertal, in dem die Hamburger gern spazieren gehen wollen, und das geforderte Siedlungs- und Industrieland sind doch nicht zur Entwicklung des Hamburger Hafens notwendig. Gesiedelt werden kann auch unter preußischer Oberhoheit. Die beste Lösung wäre es, wenn Hamburg preußisch würde. (Sehr richtig!) Aber dieser Gedanke ist ja zu vernünftig, als daß er sich in der Politik durchführen ließe. Gehen wir einmal an die Neugliederung des Reiches, dann werden wir uns auch die Frage vorlegen müssen, ob die aus kaiserlichem Wohlwollen entstandenen Privilegien einzelner Städte noch aufrecht zu erhalten sind. (Beifall.)

Türkischer Anspruch auf Thrazien.

Russisch-türkische Einheitsfront.

Associated Preß meldet aus Konstantinopel, Mustafa Kemal Pascha habe heute die alliierten Behörden ersucht, seiner Armee zu gestatten, Thrazien zu besetzen. Er habe dabei nachdrücklich erklärt, daß die Frage der Dardanellen später erörtert werden müsse unter Teilnahme aller Staaten am Schwarzen Meer. Es sei notwendig, daß Thrazien von den nationalistischen Streitkräften besetzt werde, um die muselmanische Bevölkerung zu befreien. Gleichzeitig hat der kemalistische Vertreter in Konstantinopel den britischen Oberkommissar benachrichtigt, daß die Regierung von Angora auf Grund eines mit Sowjetrußland und der Ukraine abgeschlossenen Vertrages nicht in der Lage sei, eine Einladung der Mächte zu einer Konferenz anzunehmen, die sich ausschließlich auf die Erörterung der Dardanellenfrage beschränken würde, sofern nicht Vertreter Sowjetrußlands und der Ukraine gleichfalls an der Konferenz teilnehmen.

„Times" meldet aus Riga: Eine außerordentliche Konferenz des revolutionären Militärrats unter dem Vorsitz Trotzkis hat beschlossen, unverzüglich alle Streitkräfte der kaukasischen Republiken, die russischen im Kaukasus befindlichen Streitkräfte und die Sowjetflotte im Schwarzen Meer zur Aktion vorzubereiten. Ein Korps der Sowjetstreitkräfte sei bereit, Mustafa Kemal Pascha beim Vormarsch auf Konstantinopel zu Hilfe zu kommen.

Kemal Pascha hat, wie die „B. Z. am Mittag" erfährt, die Sowjetregierung dahin verständigt, daß er nach wie vor auf dem Boden des am 16. März 1921 abgeschlossenen Vertrages zwischen Angora und Moskau stehe. In diesem Vertrage ist ausdrücklich vorgesehen, daß die Angoraregierung sich nicht an einen Tisch mit den Westmächten zu setzen vermag, wenn nicht Sowjet-Rußland als gleichberechtigtes Mitglied dabei ist. Kemal will ohne Tschitscherin nicht verhandeln. Deshalb wird Tschitscherin seinen Aufenthalt in Berlin abkürzen und nach Moskau zurückkehren.

Ungeklärte Stellung der Alliierten.

Wie der „Petit Parisien" zu wissen glaubt, hat die Angoraregierung sich beeilt, auf den von Frankreich, England und Italien unternommenen Schritt in einem gleichzeitig gemäßigten und festen Ton zu antworten. Die Antwort geht dahin: Die Zone, zu deren Respektierung Sie uns auffordern, ist durch ein Dokument festgelegt worden, das wir nicht kennen, den Friedensvertrag von Sèvres. Wie vorausgesetzt, erkennen wir Eure vorläufige Anwesenheit dort an, wo Ihr Euch drei Jahre festgesetzt habt, sowie Euren Anspruch, zu dem Abschluß eines endgültigen Friedens mitzuwirken. Gegen diese Punkte werden wir nichts unternehmen, d. h. Ihr braucht nicht besorgt zu sein, daß wir auf Konstantinopel, Galipoli und die Tschataldschalinie in Ost-Thrazien vormarschieren, aber Ihr sollt uns nicht daran hindern, diejenigen Punkte zu besetzen, an denen Ihr bisher nicht gewesen seid, an denen bisher nur die griechische Armee stand.

Wie der „Matin" mitteilt, hat der französische Geschäftsträger in London bei seinem Besuch in foreign office der englischen Regierung die Art und Weise zur Kenntnis gebracht, die Frankreich die Regelung des Friedens im Orient beabsichtige und England Mitteilung gemacht von der Erregung, die sich der öffentlichen Meinung in Frankreich bemächtigt habe und von der Unruhe, die die französische Regierung angesichts der letzten Erklärung der englischen Regierung empfinde. Er habe betont, daß in keinem Fall französische Truppen an der Seite der Griechen kämpfen könnten und mitgeteilt, daß, um einen Konflikt zwischen den französischen Truppen und den Türken zu vermeiden, Frankreich beschlossen habe, innerhalb 24 Stunden seine Truppenabteilungen, die gegenwärtig verschiedene Punkte der neutralen Zone besetzt hielten, zurückzuziehen.

Reuter erfährt von maßgebender englischer Seite, es sei keine Rede davon, daß die britische Regierung irgendetwas unternehmen werde, was auf einen Krieg hinausgehe, oder daß sie neue Operationen zu Lande oder zu Wasser plane; die Frage, um die es sich handle, sei lediglich der Schutz der alliierten Streitkräfte im Orient gegen jede mögliche Gefahr und nicht ein Krieg gegen irgend jemand. Kemal Pascha sei davon benachrichtigt worden, daß er diese Zone nicht verletzen dürfe.

Paris, 19. Sept. Wie das „Echo de Paris" mitteilt, hat der jugoslawische Minister des Aeußern, Nintschitsch in Paris wissen lassen, daß die Belgrader Regierung nichts gegen eine Zuteilung Thraziens mit Einschluß Adrianopels an die Türken einzuwenden habe.

Deutsche Volkswirtschaft.

18 Millionen Zentner Gerste zu Bier gemacht.

Durch den Krieg hat Deutschland 16 v. H. seiner Anbaufläche für Brotgetreide verloren, und nur ungefähr halb soviel von seiner Bevölkerung. An Getreide sind 1921 fast 10 Millionen Tonnen weniger geerntet worden als im Jahre 1913 auf demselben Ackerboden. Gegen 2 Millionen Tonnen Brotkorn mußten zuletzt aus dem Ausland zu einem überaus hohen Preis eingeführt werden, um den notwendigen Bedarf der Bevölkerung an Brot, Mehl und sonstigem Gebäck zu decken. Und trotz alledem sind im Rechnungsjahr 1921 allein, nach amtlichen Angaben, über 18 Millionen Zentner Gerste (zwei Drittel Millionen Tonnen), ein Drittel der gesamten Gerstenernte, zu Bier vergoren worden!

In Wirklichkeit dürften diese Zahlen noch erheblich höher sein. Bier und Chauvinismus scheinen sich, besonders in Bayern, wie Ursache und Wirkung zu verhalten.

Im ersten Halbjahr 1922 wurden eingeführt:
Tabak im Werte von 2½ Milliarden Mark.
Kaffee im Werte von 1¼ Milliarden Mark.
Wein und Most im Werte von ½ Milliarde Mark.
Liköre, Branntwein im Werte von ½ Milliarde Mark.

Kommentar dieser Zahlen ist bei der fürchterlichen Hungersnot in Deutschland überflüssig.

Der Kampf um den Achtstundentag in Frankreich.

Nach einer Matinmeldung aus Brüssel hat der Eisenbahnarbeiterverband beschlossen, sich mit den französischen Arbeitern solidarisch zu erklären, falls diese für die Aufrechterhaltung des Achtstundentages streiken.

Vorgestern ist es in Le Havre und Marseille zu Zwischenfällen gekommen. Die Mannschaften der Schiffe lehnten es ab, länger als acht Stunden zu arbeiten. Die Abfahrt des Ueberseedampfers „Lafayette" in Le Havre sowie verschiedener anderer Dampfer in Marseille wurde auf 24 Stunden hinausgeschoben.

Die erste Sitzung des Staatsgerichtshofs. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat das Verbot des „Göttinger Tageblatts" aufgehoben. — Der Termin für den Rathenauprozeß ist endgültig auf den 3. Oktober festgelegt worden.

Herriots Mission in Moskau. Wie der „Ost-Expreß" aus zuverlässiger Quelle erfährt, verfolgt die Reise des französischen Senators Herriot nach Moskau nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Ziele, wenn auch Herriot nicht als offizieller Vertreter der französischen Regierung anzusehen ist. Seine Reise wird vermutlich nicht weniger als einen Monat dauern. Herriot wird Moskau, Charkow und das Donez-Becken besuchen. Nach seiner Unterredung mit Tschitscherin hat Herriot auch mit dem Chef der sowjetrussischen Handelsmission in Berlin, Stomoniakow, verhandelt.

Wilhelms Freite.

Von Kreuzwendedich Rückwärts, kgl. preuß. Hof- und Bänkelsänger.

TU. meldet: Der Generalbevollmächtigte des Königlichen Hauses, Wirklicher Geheimer Rat von Berg, gibt folgendes bekannt: „Seine Majestät der Kaiser haben sich entschlossen, eine neue Ehe einzugehen, und werden voraussichtlich im November d. Js. die verw. Prinzessin Hermine v. Schoenaich-Carolath, geborene Prinzessin Reuß ä. L., als Gattin heimführen."

Heil will unser Leid versüßen:
Wilhelm geht auf Freiersfüßen.
Und er nimmt — ich bin ganz platt —
Eine Schönaich-Carolath.
IHN, den dreiundsechzigjährgen,
Sehn demnächst wir, wie als Pärchen
Treibt den allerschönsten Flirt er. —
Kinder, Kinder, wird er, wird er?

Wirklich, das ist sehr gelungen:
Erst schreibt er Erinnerungen,
Plötzlich — schwupp — auf einen Rutsch
Ist ihm die Erinnrung futsch
An die selige Auguste,
Schnuppe ist sie ihm, ganz puste!
Ach, der Patriot, mir scheint,
Hat umsonst um sie geweint.
Bänglich staunt jetzt ganz verwirrt er:
Kinder, Kinder, wird er, wird er?

Auch beim „Bunde der Aufrechten"
Sieht man arges Händefechten.
Diese Sache kommt ihm vor
Wie ein Schlag in sein Kontor.
Ganz verdattert alle stieren:
Gratu- oder kondolieren?
Sprosse adligster Geschlechter,
Bist du jetzt noch ein Aufrechter?
Unglückseliger Verirrter!
Kinder, Kinder, wird er, wird er?"

„Der Jud' ist schuld?"

Viktor Adler, dem viele treffliche Worte zu danken sind, hat auch den Antisemitismus richtig gekennzeichnet als den „Sozialismus der dummen Kerle". In Deutschland fing die Judenhetze Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts an. Für alle Schlechtigkeiten der Welt wurden die Juden verantwortlich gemacht. Sie hatten schuld am Ausbruch der Cholera in Hamburg; sie vergifteten Brunnen und schlachteten Christenkinder; sie waren schuld, wenn die Bauern nicht genug verdienten, weil sie selbst die Geschäfte machten.

Daß die Juden besonders gewandte Geschäftsleute sind, hat seine sehr verständlichen Ursachen: es war ihnen jahrhundertelang in Deutschland verboten ein Handwerk zu betreiben; sie mußten in abgeschlossenen Stadtteilen wohnen — im Ghetto — und durften ihren Lebensunterhalt nur durch Handel erwerben! Das Handeln galt früher keineswegs als „ehrsam", das Handwerk hatte aber den bekannten „goldenen Boden" — deshalb durften die Juden nicht Handwerker werden. Daß ein Beruf, der durch Jahrhunderte von den Vätern auf die Söhne vererbt und weiter entwickelt wird, schließlich auch besondere Fähigkeiten zeitigt und eine gewisse Ueberlegenheit herbeiführen kann, ist durchaus einleuchtend. Warum hebt man denn von besonders befähigten Förstern und Juristen hervor, daß alle ihre Vorfahren den gleichen Beruf ausgeübt oder die gleiche Wissenschaft studiert haben? Warum betont man das gleiche von Handwerkern und Künstlern? Wenn also die Juden jetzt besonders fähige Handelsleute und vielfach tüchtige Kaufleute sind, so ist das — wenigstens in Deutschland — zum guten Teil zurückzuführen auf die Kurzsichtigkeit früherer Gewalthaber.

Es wäre lächerlich den Nachweis führen zu wollen, daß es unter den Juden schlechte Kerle nicht gibt. Aber welche Rasse oder welcher Stand ist denn frei von schlechten Menschen? So verbrecherisch es ist, die Juden verantwortlich zu machen für die Handlungen eines ihrer Glaubensgenossen, so unsinnig wäre es, alle Konservativen und Deutschnationalen verantwortlich zu machen für die Schlechtigkeiten des berüchtigten Parteiführers, den sie jemals gehabt haben: des Freiherrn v. Hammerstein. Sind alle Offiziere unwürdige Menschen, weil sich einige unwürdig benommen haben? Alle Geistlichen, alle Lehrer, alle Beamten — sind sie alle schlecht, weil einige ins Gefängnis oder ins Zuchthaus haben wandern müssen?

Eine abscheulichere [illegible] als die Judenhetze ist überhaupt nicht auszudenken. Rathenau war ein Mann in hoher Kultur, daß man wohl sagen kann, er hatte im kleinen Finger mehr Verstand als hundert Judenhetzer in ihren Spatzenhirnen zusammen.

Der schamlosen Hetze, richte sie sich gegen einzelne Personen oder gegen eine Rasse, muß unter allen Umständen ein Ende bereitet werden. Das antisemitische Gift, das seit Jahren von gewissenlosen Burschen verspritzt worden ist, kann nur unschädlich gemacht werden durch eine energische Aufklärungsarbeit.

Der Feind der Republik und jeden politischen Fortschritts steht rechts und seine Waffen sind der Antisemitismus, die Verleumdung, der Revolver und die Blausäure.

Philipp Scheidemann.

Die soeben erschienene Nr. 24 des „Simplicissimus" enthält u. a. folgende Zeichnungen: „In 8000 Meter Höhe" von E. Thöny, „Berliner Bilder" von Karl Arnold, „Moratorium" und „Freibrief" von E. Schilling, „Stammwürze" von O. Gulbransson, „La bestia trionfante" von Wilhelm Schulz und sechs kleine Zeichnungen von Th. Th. Heine. Textlich ist die Nummer ausgestattet mit zwei Skizzen: „Reflexe" von Ludwig Veil und „Kapitän Hopwoods Erlösung" von Hermann Horn, ferner mit je einem Gedicht: „Herbst" von Ratatoskr, „Zum Bockspringen" von Joachim Ringelnatz und „Die bittere Pille" von Peter Scher. Dann folgen größere Beiträge sowie sechs Beiträge unter „Lieber Simplicissimus!" und „Vom Tage!"

Der „Simplicissimus" kostet pro Nummer 15 Mark. Man kann ihn beziehen durch alle Postämter und Buchhandlungen oder direkt vom Simplicissimus-Verlag G. m. b. H. & Co. in München

„Der Firn", sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben. Aus dem Inhalt des neuesten Heftes des 3. Jahrganges heben wir folgende bemerkenswerte Artikel hervor: Das Ende der S.P.D. (Leiter); An unsere Leser!; Otto Corbach: Ostasiatische Probleme I: Das moderne China; Arnold F. Müllenhof: Das Geistige im Sozialismus; Heinrich Ströbel: Der „Weber"-Dichter und die Sozialdemokratie; Studienrat Dr. Erich Witte: Die Sozialdemokratie und das humanistische Gymnasium I. Blicke vom Firn. — „Der Firn" erscheint halbmonatlich und ist durch alle Buchhandlungen, alle Postanstalten oder direkt vom Verlag „Der Firn", Berlin W 35, zu beziehen. Abonnementspreis: vierteljährlich (6 Hefte) 55 Mark; Einzelheft 10 Mk.; Probenummern kostenlos.

nossenschaft erwächst aber durch diese haushaltsmäßige Forderung eine weitere Ausgabe von 200 000 Mark.

Nach einer kurzen Entgegnung des Senators Veske, in der dieser darauf hinwies, daß die Zuschüsse für die Genossenschaften von dem aus allen Parteien zusammengesetzten Stadtverordnetenausschuß bewilligt werden, wird die Senatsvorlage unverändert angenommen. Weiter erklärt sich die Stadtverordnetenversammlung damit einverstanden, daß mit Wirkung vom 1. Oktober die Kanalgebühren auf den vierfachen Betrag erhöht werden. Die Kosten für den Bau einer 15 000-Volt-Leitung von Langfuhr nach Zoppot wurden nach kurzer Aussprache bewilligt. Die Beratung einiger Haushaltspläne wurde auf die nächste Sitzung vertagt.

Aus dem Osten.

Stettin. Neue Löhne für Werftarbeiter. Freitag tagte in Hamburg ein Schiedsgericht, welches folgende Löhne für die Werftarbeiter festsetzte: für Gelernte 42—44 Mark, für Angelernte 39—41 Mk., für Ungelernte 35 bis 38 Mark, für Ausgelernte 27 Mk., für Jugendliche 6, 10, 11, 17, 20 und 23 Mark. Diese Löhne gelten vom 18. September bis 1. Oktober. In einer Vertrauensmännersitzung der Arbeiter sämtlicher Werften Stettins beschäftigte man sich mit dem zur Abstimmung stehenden Schiedsspruch. Die Kommunisten benutzten diese Gelegenheit, um ihr Parteigeschäft zu betreiben. Sie brachten eine Resolution ein, worin zur Wahl zum Reichs-Betriebsrätekongreß aufgefordert wird. Damit fanden sie aber wenig Gegenliebe bei den Vertrauensmännern. Diese lehnten vielmehr mit übergroßer Majorität die Resolution ab.

Binz a. R. Drei Opfer einer Pilzvergiftung. Hier ist ein Schnitter an Pilzvergiftung (angeblich nach dem Genuß von Steinpilzen) gestorben. Zwei Kinder des Schnitters waren bereits verstorben, ehe der Vater ärztliche Hilfe suchte. Möglich ist, daß unter die Pilzgerichte Giftpilze — bei den Steinpilzen z. B. der Satanspilz — geraten waren. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß die gesammelten eßbaren Pilze bei der abnormen Witterung dieses Jahres in Fäulnis übergegangen waren. Auf diese Gefahr seien die Pilzsucher in diesem Jahre ganz besonders warnend hingewiesen. Ein Schüler erkrankte z. B. nach dem Genuß von Pfefferlingen, konnte aber durch ärztlichen Eingriff gerettet werden.

Schwerin a. W. Ein schweres Brandunglück, das leider einen Todesfall zur Folge hatte, ereignete sich im Benzinschuppen des Maschinenfabrikanten Gustav Becker. Ueber die Entstehungsursache wird mitgeteilt, daß Becker kurz zuvor den Schuppen betreten hatte, jedoch sofort als brennende Feuersäule herausstürzte; er wurde sogleich von den schnell herbeigeeilten Anwohnern in das Krankenhaus geschafft.

Dirschau. Polnisches Einschüchterungsverfahren. Am Sonnabend nachmittag wurden in Dirschau auf Anordnung der Polizei im Bureau des Deutschtumsbundes, im evangelischen Pfarrhaus und in der Herberge zur Heimat Haussuchungen abgehalten. In das Bureau des Sejmabgeordneten Heicke, das neben dem Geschäftszimmer des Deutschtumsbundes gelegen ist, versuchte man anfänglich auch einzudringen, gab es jedoch schließlich auf. Die „Dirschauer Ztg." schreibt hierzu: Uns sind natürlich Gründe und Zwecke der behördlichen Maßnahmen verschlossen, wir wissen auch nicht, ob nicht wieder irgendeine verlogene Denunziation ihr Ausgangspunkt ist, das muß jedoch gesagt werden, daß Haussuchungen in der Wahlzeit bei dem Unbefangenen stets den Verdacht erregen müssen, als seien sie eben nicht zufällig in die Wahlzeit hineinverlegt. Wer jetzt aus diesen Ereignissen die Hoffnung schöpfen möchte, daß sie eine Wahlunlust bei den Deutschen hervorrufen werden, der wird bald merken, daß der Erfolg ein gegenteiliger ist; nicht Beunruhigung, sondern festerer Zusammenschluß.

Marienburg. Redakteur Dr. Reis ist aus der Redaktion der „Marienburger Zeitung" ausgeschieden. R. leitete die „M.Ztg." in extrem-deutschnationalem und arbeiterfeindlichem Sinne.

Memel. Zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Am 15. November v. Js. wurde das Dienstmädchen [illegible] aus [illegible] vom Schwurgericht in Memel [illegible] verurteilt, weil es die Besitzerwitwe [illegible] in [illegible] ermordet hatte. Das Dienstmädchen unterhielt ein Liebesverhältnis mit dem Sohn der Ermordeten, [illegible] der Wald. Da aber die Mutter einer Heirat im Wege stand, beschloß die [illegible], sie zu beseitigen. Am 8. September erschlug die F. die Besitzerwitwe und warf die Leiche in einen Brunnen. Nachdem die Revision verworfen war, richtete die Angeklagte ein Begnadigungsgesuch an den Memeler Oberkommissar. Die Verurteilte wurde darauf zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Goldap. Mit seiner Frau in Streit geriet der Besitzer Schwedug aus Gr. Kominten bei der Rückkehr vom Jahrmarkt in angetrunkenem Zustande. Als er seine Frau schlagen wollte, griff der 20jährige Sohn Fritz nach der Axt und schlug damit auf seinen Vater ein, so daß er einen Schädelbruch erlitt und in das hiesige Kreiskrankenhaus gebracht wurde, wo er verstorben ist.

Libau. Der norwegische Dampfer „[illegible]" hat ein aus Nidden stammendes Boot mit vier Fischern auf See angetroffen, und nach Libau gebracht. Weiter sind in den letzten Tagen vier in Seenot geratene Fischerboote mit 16 Fischern nach Libau verschlagen worden. Die Fischer, die beim Dorschfang auf See vom Sturm überrascht wurden, gaben an, daß sie litauische Staatsangehörige sind und aus dem in der Gemeinde Polangen belegenen Dorfe Kurnigischki stammen. Auch eine Anzahl lettischer Fischer ist beim letzten Sturm vor Libau in Seenot geraten. Den Fischern Hilfe zu leisten, begaben sich die Bugsierdampfer „Austra", „Vorwärts" und „Paligbs" aufs Meer. Es gelang ihnen auch, mehrere Boote zu bergen.

Aus aller Welt.

Schweres Eisenbahnunglück. Auf der Bahnstrecke Augsburg—Weiden entgleiste in der Nähe von Augsburg ein Personenzug. Lokomotivführer und Heizer wurden getötet, mehrere Reisende wurden schwer verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

Ein Mord im „Freudenhaus" in Magdeburg. Das Freudenmädchen Elli Zander wurde in ihrem Zimmer ermordet aufgefunden. In ihrer linken Brustseite stak ein ihr gehöriges Küchenmesser bis zum Heft; Kinn und Hals wiesen starke Würgemerkmale auf. Im Mund befand sich ein dicker Knäuel aus weißem, unbedrucktem Papier. Ihre neue dunkelbraune Brieftasche mit etwa 8000 Mark Inhalt ist geraubt.

Raubüberfall auf Bestellung. Am Freitag wurde der 15 Jahre alte Laufbursche Joseph Beck auf der Treppe zu den Bureauräumen eines Großhandelsgeschäftes in Berlin hilflos aufgefunden. Er war übel zugerichtet; seine Augen waren durch eingestreuten Pfeffer so schwer entzündet, daß er nicht sehen konnte. Der Bursche gab an, daß er von einem unbekannten Manne überfallen worden sei, und daß dieser ihm 200 000 Mark, die er von dem Hauptgeschäft geholt hatte, geraubt hätte. Die weiteren Ermittelungen ergaben aber, daß ein gewisser Karl Lanke den Raubüberfall auf den Laufburschen nach Verabredung mit diesem und dessen Bruder ausgeführt hatte. Er hatte Beck, als er mit dem Gelde das Haus betrat, aufgelauert, das Geld in Empfang genommen und ihm dann ohne viel Umstände eine Portion Pfeffer in die Augen gestreut. Der „Räuber" brachte das Geld nach seiner Wohnung in der Gipsstraße und vergrub es im Keller. Da er dabei aber beobachtet worden war, suchten die Beamten nach und fanden auch noch das ganze Geld. Der „Räuber", der „Ueberfallene" und dessen Bruder wurden verhaftet.

Betrügereien eines früheren Gerichtsassessors. Vor einiger Zeit wurden in verschiedenen Berliner Postämtern mit gefälschten Kreditbriefen Betrügereien verübt. Dasselbe taten die Betrüger auch in Leipzig und Breslau. Die Postkreditbriefe, die sie zur Abhebung des Geldes benutzten, waren sehr [illegible] gefälscht und enthielten [illegible] schwer [illegible] [illegible]. Jetzt ist es der Kriminal[illegible] gelungen, der [illegible] in Altona auf die Spur zu kommen und sie zu verhaften. Der Urheber des Schwindels ist der 35jährige frühere Gerichtsassessor [illegible] Schön, der schon wiederholt wegen Betrugs und [illegible] vorbestraft ist. Von dem veruntreuten Gelde konnten nur noch 30 000 Mk. beschlagnahmt werden.

Millionendiebstahl in einem Berliner Hotel. Ein äußerst verwegener Hoteldiebstahl wurde in einer der letzten Nächte in einem Hotel am Potsdamer Platz in Berlin verübt. Der Täter kletterte an der Straßenfassade bis zum Balkon im ersten Stock empor und stieg durch eine offenstehende Tür in ein Hotelzimmer ein, in dem zwei Damen aus Wien logierten. Eine dieser Damen wurde durch das Geräusch plötzlich wach und sah, wie ein fremder Mann eine Handtasche, die 12 000 Mark bares Geld und Schmucksachen im Werte von 8 Millionen Mark enthielt, vom Nachttisch raubte. Als der Räuber bemerkte, daß die Dame erwacht war, zog er einen Revolver, schlug diesen auf die erschreckte Dame an und ging dann rückwärts mit der wertvollen Beute nach dem Balkonfenster, um wieder auf demselben Wege zu verschwinden, auf dem er gekommen war. Ehe die Beraubte sich noch von ihrem Schreck erholen konnte, war der Dieb bereits spurlos verschwunden.

Die Rache der verlassenen Braut. Auf recht unliebsame Weise wurde am Sonnabend ein junges Paar, das den Bund fürs Leben schließen wollte, an einer kirchlichen Trauung verhindert. Als die Tochter des Konfektionärs S. in Berlin festlich geschmückt an der Seite ihres Bräutigams gerade aus dem Hausflur trat, um den Brautwagen zu besteigen, ergoß sich plötzlich über ihr kostbares Brautkleid ein Strom von Tinte, der blendendes Weiß im Nu in tiefes Schwarz verwandelte. In dem gleichen Augenblick erhielt der Bräutigam ein paar schallende Ohrfeigen, daß er zurücktaumelte. Der Gang zur Kirche war in diesem Aufzuge natürlich nicht möglich, und so schritt das übel zugerichtete Paar in die Wohnung zurück, die Hochzeitskutsche fuhr unbenutzt ab, und der Vater der jungen Braut begab sich in einem besonderen Wagen zur Kirche, um den dort wartenden Pfarrer zur Vornahme der Trauung in der Wohnung herbeizuholen. Die Uebeltäterin, die sich unter der großen Zuschauermenge aufgehalten, war so schnell, wie sie ihr Attentat ausgeführt hatte, verschwunden. Die aufgenommene Verfolgung einer empörten Zuschauerin war ergebnislos. Wie sich herausstellte, handelte es sich um ein Mädchen, das an dem Bräutigam, der Vater ihres Kindes ist, auf diese Weise hatte Rache nehmen wollen.

Versammlungs-Anzeiger

S.P.D. Frauenkommission.
Mittwoch, den 20. Sept., abds. 7 Uhr im Parteibureau: Wichtige Sitzung.

Sozialdemokratischer Verein Zoppot.
Mittwoch, den 20. Sept., abends 7 Uhr im Einküchenhaus, Bergstraße: Diskutierabend.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.
Freitag, den 22. d. Mts., abends 7 Uhr, Heveliusplatz Nr. 1/2, Zimmer 44, Afa-Vorstandssitzung.

Touristenverein „Die Naturfreunde":
Donnerstag, 21. Sept.: Vortrag über Kartenlesen.

Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller.
Freitag, den 22. d. M., abends 6½ Uhr, Tischlergasse 49 Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Engel-Berlin über unsere Gewerkschaften im gegenwärtigen Wirtschaftsleben. 2. Verschiedenes.

Deutscher Metallarbeiter-Verband!
Heizungsmonteure, Klempner, Installateure: Donnerstag, den 21. Sept., abends 6 Uhr: Branchenversammlung in der Maurerherberge, großer Saal.

Vertrauensleute der Danziger Werft und Eisenbahn-Hauptwerkstatt! Freitag, den 22., gleich nach Feierabend, Heveliusplatz, Zimmer 70, Vertrauensmännerversammlung. Ausweiskarte mitbringen.

Der Sprung in die Welt

23 **Ein Jungarbeiterroman von Artur Zickler.**

Hans war sich zuerst nicht schlüssig, was er antworten sollte, weil er darüber nachdachte, welche Absicht den Mann bewegen mochte, sie anzusprechen. Wahrscheinlich, schloß er, ist er Vertreter einer jener christlichen Vereine, die jede Gelegenheit benutzen, um in Mission zu machen und „Seelen zu retten".

„Ostwind, mein Herr, Ostwind . . ." gab Rudi zur Antwort und verzog keine Miene dabei.

„Das ist eine gute Antwort", lächelte der Mann und klopfte Rudi auf die Schulter. „Wenn es euch recht ist und ihr Zeit habt, schlendern wir ein paar Stunden herum, und ich zeige euch, was hier in Köln des Ansehens wert ist." Die Freunde nickten, und nun traten alle drei in die Kühle des Doms. Ihr Schritt hallte an den Säulen des Schiffes empor, Sonnenlicht fiel in schrägen Balken über das alte Gestühl, dann leuchtendes Buntglas, schimmerndes Metall, ehrwürdige Schnitzerei. Irgendwo übte ein Chor, Stimmen wanderten und tanzten durch die Kreuzgänge, schwangen sich hinauf ins Gewölbe und kehrten zum Ohr zurück. In den Beichtstühlen knieten Gläubige und flüsterten leise durch die Gitter, hinter denen die Beichtväter lehnten, horchten und nickten. Sinnend blickten die gemalten Kirchenväter aus ihren Ornaten. Hinter dem Altargitter blitzten Gold und Silber, feiner Modergeruch mischte sich mit dem süßlichen Dunst des Weihrauchs, der durch das einfallende Licht seine Schwaden zog. Der Fremde wußte viel zu erzählen, er tat es nicht lehrend, durchwebte vielmehr die alten Legenden und Berichte mit dem Humor einer Skepsis, die Hans von dem Verdachte abbrachte, die neue und bislang angenehme Bekanntschaft könne mit einem Bekehrungsversuche enden. Sie traten wieder in das weiße Licht des Tages hinaus, der Fremde ging mit ihnen in ein Lokal zum Kaffeetrinken. Während er bisher die ganze Unterhaltung beinahe allein bestritten hatte, ließ er sich jetzt von der Freunde Fahrten, Meinungen und Erlebnissen berichten und gab ihnen dann [illegible] er zu neuem Aufbruch und führte sie in die Kapelle der alten Jesuitenschule, von da in andere Kirchen und Kapellen, die Stunden vergingen im Fluge. Gegen Abend füllten sich überall die Gotteshäuser, Weihrauch und der eintönige Gesang der Litaneien schlugen auf die Straßen heraus, die von der untergehenden Sonne mit Gold überschüttet wurden. Wieder lud sie der fremde Mann, dessen Namen sie nicht einmal kannten, zum Essen ein, diesmal in eine Bierstube, wo es lustig herging und auf eine gute Küche gehalten wurde. Nach dem Essen fragte der Fremde: „Wollen wir noch einen Schoppen Wein trinken?" und ließ drei Römer funkelnden Rheinweines bringen. Der Wein ließ sich nach dem guten Essen prächtig an; den anderen Gästen war anscheinend nicht weniger wohl zumut, an allen Tischen wurde geprostet und gesungen — eine fröhliche Stadt!

In der kühleren Luft der Straße erst merkte Hans, daß nicht nur bei Rudi, sondern auch bei ihm das Gleichgewicht etwas unsicher geworden war, der Gastgeber meinte: „Na, ihr Welteroberer, ich glaube, der Wein ist stärker als ihr!" — worauf sich die beiden zusammenrissen, um klaren Kurs zu segeln. Sie waren an einem Schaufenster stehen geblieben, als Hans von einem jungen Arbeiter am Aermel gezupft wurde, der ihn bat, ein paar Schritte beiseite zu kommen.

„Ihr seid Zugereiste?"

„Ja . . ."

„Seid ihr organisiert?" Hans nickte und griff nach der Brusttasche. Der andere winkte ab.

„Laß man, ich glaube es schon. Eine wichtige Frage: kennt ihr den Mann, der bei euch ist?"

„Nicht besonders. Er hat sich uns heute nachmittag angeschlossen und hat sich sehr anständig gezeigt. Warum fragst du danach?"

„Ich kenne den Mann besser als ihr. Nehmt euch vor ihm in acht — ich warne euch. Habt ihr schon Quartier für die Nacht?" Hans schüttelte den Kopf.

„So geht zu Josef Imhoff am Perlgraben, dort findet ihr bestimmt ein gutes Unterkommen. Vielleicht treffen wir uns in der Gaststube, ich bin heute abend bestimmt dort. [illegible]"

Rudi und der Fremde warteten in einiger Entfernung. Hans bedauerte den Zwischenfall, denn wenn sie auch den neuen Freund erst wenige Stunden kannten, war ihm doch klar, daß sie es mit einem vornehmen Menschen zu tun hatten, der nichts Gemeines gegen sie im Schilde führen konnte.

„Was wollte man von Ihnen?"

„Wir sollen uns vor Ihnen in acht nehmen . . ."

„Das habe ich mir gedacht. Es ist schade, aber nun müssen wir uns voneinander verabschieden . . ."

„Wir haben volles Vertrauen zu Ihnen . . ."

Der Fremde lächelte: „Trotzdem — ich wünsche euch Glück und Gesundheit!" Er zog den Hut, schüttelte beiden die Hände und verschwand im Straßengetriebe.

* * *

Die Straße von Köln nach Bonn war sehr langweilig gewesen. Ein heißer Tag, Rübenfelder — müde und bestaubt kamen sie um das Abendläuten in die Stadt. „Ein Tränkelein, ein Fräßchen und ein Bettlein . . ." murmelte Rudi vor sich hin. Am Marktplatz stellte sich breitbeinig ein junger blonder Mensch von hohem Wuchs vor sie in den Weg, zeigte seine blitzenden Zähne und sagte fröhlich: „Servus, Kameraden!" Er war in gutes Loden gekleidet und trug einen Rucksack wie die Freunde. Man beroch sich, und es stellte sich heraus, daß der junge Mensch, der von außerordentlicher Schönheit war, Hannes Klöhn hieß und Technik studierte. Er war in Kiel zu Hause und hatte sich für zwei Monate freigemacht, um den Rhein hinunterzuwandern. Seit vierzehn Tagen unterwegs, war ihm noch heute keine rechte Kumpanei über den Weg gelaufen, die er offensichtlich in den Freunden vermutete.

„Es soll uns recht sein", erklärte Hans, und sie wechselten Handschlag auf gute Kameradschaft. Dann suchten sie Quartier und fanden es in einem kleinen Gasthof, wo ehrsame Honoratioren am Wein saßen und von ihren kleinen Geschäftssorgen plauderten. Die frischgebackenen Freunde tranken noch ein wenig, Hannes erzählte Mädchengeschichten, die er mit Vorliebe zu erleben schien, bis sie der Hausknecht über den Hof führte, über eine hölzerne Stiege in ein großes geräumiges Zimmer.

(Fortsetzung folgt.)

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 221 | Mittwoch, den 20. September 1922 | 13. Jahrgang

Verdoppelung der Straßenbahn-Fahrpreise.

Verkürzung der Langfuhrer Linie. — Erhöhung der Wohnungsabgabe auf 100 Prozent. — Eine Theaterdebatte. — Das Danziger Wohnungselend.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung hat eine ganze Reihe von Gebührenerhöhungen beschlossen. Er wurden erhöht, die Krangebühren im Kaiserhafen, die Schlachthofgebühren, der Tarif der Milchpeterfähre, das Schulgeld an den städtischen höheren Schulen, die Wohnungsabgabe von 20 auf 100 Prozent, und der Tarif der Straßenbahn verdoppelt. Besonders die beiden letzten Posten werden den Ausgabenetat des einzelnen stark belasten. Schon wiederholt ist der Wunsch laut geworden, für Arbeiter verbilligte Wochenkarten für die Straßenbahn auszugeben. Diesem berechtigten Verlangen wurde nicht entsprochen. Den Studenten gegenüber zeigt man mehr Wohlwollen, obwohl die Vergünstigung nur wohlhabenden Studenten zugute kommt, denn ärmere Studenten machen ihren Weg zu Fuß. Eine längere Aussprache führte der Antrag auf Erhöhung des Theaterzuschusses herbei. Stadtv. Scheller blieb mit seiner Ansicht, daß das Theater lediglich zum Amüsieren dient, allein. Von der Linken wurde auf die geringen Gagen der Künstler hingewiesen, die außerdem noch unter dem Zimmerwucher schwer leiden. Einen längeren Raum der Verhandlungen nahm dann die ungeheure Wohnungsnot Danzigs ein.

*

Bei Anwesenheit von 24 Stadtverordneten wurde die Sitzung vom Stadtverordnetenvorsteher Kerstb eröffnet. Zunächst fanden eine Reihe von Wahlen zu Armenkommissionsvorstehern, Armen- und Waisenpflegern und Schiedsmännern statt. In dem Ausschuß zur Bekämpfung der steigenden Not der armen Bevölkerung ist die Sozialdemokratische Fraktion durch die Gen. Grünhagen und Reek vertreten. Letzterer wurde auch in den Verwaltungsausschuß des Jugendhauses in der Reiterkaserne gewählt. Die Jahresrechnung für die Unterbringung von Truppen für 1919 wurde ohne Aussprache genehmigt. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß der Baggermeister Otto Probl mit einem Ruhegehalt von jährlich 20325 Mark in den Ruhestand versetzt wird. Ohne Debatte wurde der Erhöhung der Krangebühren im Kaiserhafen zugestimmt. Die Beschlußfassung über die Erhöhung der Schankkonzessionssteuer wurde vertagt, weil in einer Sitzung des Kämmereiausschusses mit Vertretern des Gastwirtsgewerbes neue Momente zur Sprache gebracht wurden, zu denen in den Fraktionen Stellung genommen werden soll. Gegen die Erhöhung der Schlachthofgebühren um 100 Prozent wurden Einwendungen nicht gemacht, jedoch auf Antrag Scheller (Dntl.) beschlossen, die Gebühr für das Abtreiben von Vieh nach Vorortgemeinden um 500 Proz. zu erhöhen. Das Fährgeld an der Milchpeter-Fähre beträgt in Zukunft 2 Mark.

In einer längeren Aussprache führte die

100prozentige Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise.

Stadtv. Dr. Herrmann (Dt. Pt.) erklärte, daß sich die Mehrheit des Verkehrsausschusses davon überzeugt habe, daß die vorgeschlagene Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise notwendig ist. Die Ausgaben für Kohlen, Löhne und Materialien seien derartig gestiegen, daß die Straßenbahngesellschaft am Ende des Jahres ein Defizit von 80 Millionen Mark habe, wenn die Fahrpreiserhöhung nicht eintrete. Der Allgemeinheit diesen Fehlbetrag aufzubürden, sei ungerecht. Das Unternehmen müsse sich selbst tragen. Die Stillegung der Strecke Langfuhrer Markt—Kurve sei nicht zu vermeiden, weil sie nur wenig benutzt werde und einen jährlichen Zuschuß von 4 Millionen Mark gebrauche.

Stadtv. Habel (Dntl.) stimmte der Vorlage zu, wandte sich aber gegen das Bestreben der Straßenbahngesellschaft, die Linien zu kürzen. Redner war mit der beabsichtigten Stillegung der Linie Langfuhrer Markt—Kurve nicht einverstanden. Die Wagen müßten wenigstens bis zum Eichenweg fahren. Das Rangieren der Straßenbahnwagen auf dem Langfuhrer Markte sei eine Gefahr für das Publikum.

Senator Runge begründete die Preiserhöhung mit der Geldentwertung. Auch die 100prozentige Erhöhung sei noch ungenügend, bei einer noch höheren Steigerung sei jedoch eine zu starke Abwanderung zu befürchten. Wenn die Langfuhrer Linie nicht gekürzt werde, müsse eine entsprechende Heraufsetzung der übrigen Fahrpreise erfolgen. Das Rangieren der Wagen soll nicht mehr auf dem Marktplatz, sondern zwischen Bahnhofstraße und Ahornweg erfolgen.

Stadtv. Wanfried (Dntl.) begründete den Antrag, die Monatskarten für die Strecke Halbe Allee auf 240 Mark heraufzusetzen und Studentenkarten von 65 Mark nur auf 100 Mk. zu erhöhen.

Senator Runge erwiderte, daß die Stadtverordnetenversammlung über die Preise der Zeitkarten keinen Beschluß fassen könne.

Keine Zeitkarten für Arbeiter.

Stadtv. Gen. Borchard betonte, daß schon bei der letzten Erhöhung der Straßenbahntarife eine starke Abwanderung eingesetzt habe, diese werde jetzt noch stärker in Erscheinung treten. Die Sozialdemokratische Fraktion lehne die Erhöhung der Fahrpreise ab, weil die Straßenbahngesellschaft nicht bereit ist, Zeitkarten für Arbeiter einzuführen. Durch die Verkürzung der Langfuhrer Linie würden Langfuhrer Arbeiter geschädigt.

Vergünstigung für Studenten.

Stadtv. Dr. Thun (S.) bekundete sein Einverständnis mit der Vorlage. In Anbetracht der Preissteigerungen, z. B. sei die Tonne Eisenbahnschienen von 130 Mark auf 15500 Mark gestiegen, sei die Erhöhung der Tarife nicht zu umgehen. Wünsche kleinerer Gruppen könnten dabei nicht berücksichtigt werden. Das hinderte den Redner jedoch nicht, sehr energisch dafür einzutreten, daß die Studentenkarten von der Erhöhung befreit werden. Sie würden der Zeitersparnis halber größtenteils von Studenten benutzt, die noch Nebenbeschäftigung haben.

Stadtv. Kunze (U.S.P.) wandte sich gegen die Bevorzugung der Studenten auf Kosten der Danziger Steuerzahler. Sie würde nur den wohlhabenden Studenten zugute kommen. Arme Studenten gingen ohnehin zu Fuß. Letzteren zu helfen sei die Linke gern bereit.

Stadtv. Dr. Thun (S.) entgegnete, daß Kautelen zu schaffen sind, die den Mißbrauch der verbilligten Karten verhindern.

Stadtv. Lorenz (Dt. Pt.) trat ebenfalls für die Begünstigung der Studenten ein, da deren Notlage sehr groß sei. Studenten aus Ländern mit hochwertiger Valuta könnten jedoch den vollen Preis zahlen.

Die Aussprache war damit beendet. Die Entschließung, daß die Zeitkarten Halbe Allee nur auf 240 Mark erhöht werden, wurde mit den Stimmen der Linken und der Deutschnationalen angenommen. Der Bürgerblock nahm dann eine Entschließung an, die den Preis für eine Studentenfahrkarte auf 100 Mark festsetzte.

Mit 22 gegen 18 Stimmen wurde dann die 100prozentige Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise und die Stillegung der Linie Langfuhrer Markt—Kurve beschlossen.

Der Erhöhung der Wohnungsabgabe auf 100 Prozent wurde ohne Aussprache zugestimmt. Ohne Widerspruch wurde dann beschlossen,

10 Millionen Mark zur Förderung der Neubautätigkeit zur Verfügung zu stellen, da der bisher bewilligte Betrag von 8 Millionen Mark für diese Zwecke nicht ausreicht.

Das Schulgeld an den städtischen höheren Schulen wurde um etwa 200 Prozent erhöht. Auswärtige zahlen 50 Prozent mehr als die Einheimischen. Von Ausländern wird der 10fache Satz der Einheimischen erhoben.

Stadtv. v. Rudzynski (Pole) hatte Bedenken gegen den 10fachen Satz für Ausländer. Ihm wurde vom

Senator Dr. Strunk erwidert, daß in Ausnahmefällen das Schulgeld ermäßigt werden soll. In erster Linie sollen durch die Bestimmung die zahlreichen valutakräftigen Ausländer getroffen werden.

Teuerungszulagen für die Mitglieder des Stadttheaters.

Eine Vorlage des Senats beantragte, den städtischen Zuschuß zum Stadttheater von 1570000 Mark auf 5750000 Mk. zu erhöhen.

Stadtv. Scheller (Dntl.) erklärte, daß er gegen die Vorlage stimmen werde. Das Theater, das größtenteils von Ausländern besucht werde, müsse sich selbst erhalten. (Große Heiterkeit erregte der Redner durch seine Feststellung, das Theater sei eine Belustigungsstätte, die einem Volke, das einen Krieg verloren habe, nicht mehr zustände.

Stadtv. Dr. Thun (S.) entgegnete nachdrücklichst, daß das Theater kein Amüsierlokal ist, sondern eine ernste Kunststätte sei, die jedem aus dem Volke zugänglich gemacht werden müsse. Redner pries dann die hohe Kultur der alten Griechen, was zu dem Zuruf Veranlassung gab: „Da gab es auch keine Zentrumspartei.“ Er empfahl, dem Beispiel anderer Städte zu folgen, die für Ausländer erhöhte Eintrittspreise festgesetzt haben.

Stadtv. Gen. Arczynski machte darauf aufmerksam, daß kein Zuschuß verlangt werde, sondern die Stadt solle nur auf Einnahmen aus der Lustbarkeitssteuer verzichten. Redner trat dann für Aufbesserung der Gagen der Schauspieler ein, die ebenfalls schwer unter der Teuerung leiden. Die kleinen Gagen der Künstler seien eine Schande für Danzig. In schamloser Weise würden die Schauspieler von den Zimmervermietern ausgebeutet. Der Zuschuß sei durchaus gerecht und billig. Das Theater ist eine Kulturstätte ersten Ranges, die erhalten werden muß. Man müsse die Ausländer stärker bei den Theaterpreisen heranziehen. Für den kleinen Mann sei die Freie Volksbühne geschaffen, die für 15 Mark den Genuß einer vollwertigen Vorstellung bietet. Man möge der Freien Volksbühne in jeder Hinsicht Entgegenkommen zeigen. Redner empfahl, eine steuerliche Heranziehung der Kinotheater. (Zustimmung.) Genosse Arczynski kam dann auf die Differenzen zwischen der Künstlerschaft des Stadttheaters und der Danziger Presse zu sprechen und wünschte baldige Beilegung des Konflikts. Der Senat möge vermittelnd eingreifen.

Stadtv. Kunze (U.S.P.) schloß sich den Ausführungen des Vorredners an. Er wies darauf hin, daß die Schauspieler geringer bezahlt werden, als die Amtsgehilfen beim Magistrat. Den Senatoren bewillige man Teuerungszulagen von 37000 Mark, den Oberregierungsräten solche von 15—20000 Mark, den Künstlern biete man ganze 4500 Mark. Dabei gehöre Danzig, wie durch die amtliche Statistik nachgewiesen sei, zu den teuersten Städten.

Stadtv. Winter (T. Pt.) bestreitet die Aeußerung des Stadtv. Scheller, daß das Theater größten Teils von Polen besucht würde. Alle Abonnements befänden sich in den Händen von Danzigern. Redner kam auf die gescheiterte Verschmelzung des Wilhelm-Theaters mit dem Stadttheater zu sprechen. Die Schuld an dem Nichtzustandekommen des Projektes trage der Direktor des Wilhelmtheaters. Der Stadttheaterausschuß plane, die nächste Erhöhung der Theaterpreise auf die Ausländer abzuwälzen, während die Danziger gegen Vorzeigung eines Lichtbildausweises ihre Karten für den augenblicklich geltenden Preis weiter erhalten sollen.

Stadtv. Gen. Spill antwortete dem Stadtv. Dr. Thun, daß die Aerzte es durch ihre starke Organisation verstanden hätten, ihre Einkommenverhältnisse viel besser der Teuerung anzupassen als es den Schauspielern möglich war. Die Krankenkassen wissen davon ein Lied zu singen.

Die Vorlage wird dann gegen die Stimmen der beiden Polen angenommen.

60 Millionen Mark für Wohnungsbauten.

Eine längere Debatte entspann sich bei dem Senatsantrag, der 60 Millionen Mark zur weiteren Beschaffung von Wohnungen fordert. Der deutschnationale Stadtv. Schöller wünscht, daß man weniger neue teure Wohnungen baue. Es gäbe viel leerstehende verfallene Grundstücke, die mit öffentlichen Geldern wiederhergestellt werden könnten. Sein Fraktionsgenosse Stadtv. Habel, ist der Meinung, daß mit dem Neubauen endlich Schluß gemacht werden müsse. Der Bedarf an Wohnungen für die Danziger müsse eigentlich schon gedeckt sein. Dagegen solle man sich einmal die Wohnungsverhältnisse der Ausländer, die Danzig überschwemmen, näher ansehen.

Senator Leske: In Danzig werden monatlich ungefähr hundert alte Wohnungen durch öffentliche Gelder repariert. Bis jetzt sind 500 neue Wohnungen von der Stadt fertiggestellt worden. Weitere sechshundert sind im Bau. Wir brauchen aber noch 5000 Wohnungen. Die sich hier aufhaltenden Ausländer erhalten keine Wohnungen, sondern wohnen möbliert.

Stadtv. Siebenfreund bringt verschiedene Beschwerden über eine ungerechte Behandlung verschiedener Baugenossenschaften vor. So sei die Siedlung Königstal durch das Siedlungsamt benachteiligt worden, indem man die angeforderten Summen später gegründeten anderen Baugenossenschaften gegeben habe. Auch seien Siedlungspläne dieser Genossenschaft im Siedlungsamt verschwunden.

Stadtv. Schöller tritt für Beschlagnahme der möblierten Zimmer ein.

Stadtv. Braun kritisiert, daß in der Siedlung am Bärenweg so viele Beamten untergebracht worden sind. Es sollte bei Vergebung der neuen Wohnungen nur nach der Dringlichkeitsliste verfahren werden. Das Wohnungsamt hat manchmal an Handwerker Wohnungen zugewiesen, deren Zugänge direkt lebensgefährlich waren, so daß „bessere“ Kundschaft diese Handwerker mied. (Als Wohngelegenheit für Arbeiterfamilien erschienen den bürgerlichen Stadtvätern solche Räume nicht lebensgefährlich. Red. Volksst.)

Senator Leske: Die Siedlungsämter sind eine neue Einrichtung, so daß manche Unstimmigkeiten dadurch erklärt werden. Das Danziger Publikum ist aber sehr ungeduldig, besonders wegen einer angeblich zu weiten Entfernung der Wohngelegenheit vom Stadtinnern. In den Siedlungswohnungen sind die Mieten natürlich teurer als in den andern Wohnungen. Wie groß die Wohnungsnot in Danzig ist, ergibt sich daraus, daß noch 4000 Personen auf der Dringlichkeitsliste stehen. Es handelt sich dabei alles nur um Danziger. Natürlich werden auch Schiebungen versucht. So werden Ehen geschlossen, die sofort wieder gelöst werden, wenn der Zweck erreicht ist, daß man eine Wohnung erlangt hat.

Stadtv. Gen. Reek:

Die Bevölkerung wird vom Wohnungsamt nicht gleichmäßig behandelt. Handwerkerfamilien, selbst wenn sie eine größere Kinderzahl haben, erhalten nur eine Zweizimmerwohnung, während Bankbeamte und andere Leute mit hohen Siehkragen ohne weiteres Vier- und Fünfzimmerwohnungen erhalten, wenn auch ihre Familie noch so klein ist. Das einige Baugenossenschaften bevorzugt sind, liegt wahrscheinlich daran, daß der Aufsichtsrat aus deutschnationalen Herrschaften besteht. Andere Baugenossenschaften werden dagegen schikaniert. So verlangt man, daß die Freie Baugenossenschaft in ihren kürzlich hergestellten 5 Zwei-Familienhäusern die Treppen verschalen, rohren und verputzen soll. Eine Feuersgefahr besteht in diesen Häusern nicht. Der Bauge-

---

An unsere Postbezieher!

Um eine Unterbrechung in der Zustellung zu vermeiden, bitten wir unsere Postbezieher, die Neubestellung für das nächste Vierteljahr oder für den nächsten Monat unter Verwendung dieses Bestellscheins möglichst bald bei dem zustellenden Briefträger oder bei dem Postamt des Bestellbezirks aufzugeben.

Das ständige Steigen aller Herstellungskosten zwingt uns, den Bezugspreis wenigstens annähernd den Herstellungskosten anzupassen. Von unsern Lesern erwarten wir, daß sie uns in dieser schweren Zeit treu zur Seite stehen und alles daran setzen, den Leserkreis zu erweitern.

Wer von unseren Postbeziehern die Neubestellung bereits bewirkt hat, wird gebeten, diesen Bestellschein an Freunde oder Bekannte weiterzugeben, die noch nicht zu unseren Beziehern zählen.

Die Post-Bezugspreise betragen: für einen Monat 90 Mk., für das nächste Vierteljahr 270 Mark (freibleibend).

Verlag der „Danziger Volksstimme“.

Jeder Briefträger und Landbriefträger ist verpflichtet, diese Bestellung ausgefüllt entgegenzunehmen.

Post-Bestellzettel.

Herr

Frau — Frl.

Anzahl	Benennung der Zeitung	Bezugszeit	Bezugsgebühr M	Pf
1	Danziger Volksstimme	Mon. Oktober	90	—
1	Danziger Volksstimme	4. Vierteljahr Okt. Nov. Dez.	270	—

Bezugsbedingungen: Die Bezugspreise für November und Dezember sind freibleibend! Falls weitere unvorgesehene Belastungen eintreten, ist der Verlag berechtigt, innerhalb der Bezugszeit den Bezugspreis zu erhöhen und die Spanne zwischen altem und neuem Preis nachzuerheben.

Quittung.

Obige ..... Mark ..... Pfg. sind heute richtig bezahlt

Post-Annahme.

Danziger Nachrichten.

Neue Verhandlungen über die Danziger Werft

Die Verhandlungen wegen Gründung von Aktiengesellschaften unter Beteiligung von internationalem Kapital für die Danziger Werft und die Eisenbahnhauptwerkstätte sind heute in Danzig wieder aufgenommen worden. Die englische Gruppe wird vertreten durch Sir William Ellis, Spencer und Faupson, die französische Gruppe durch Barbier und Strauß, die polnische Gruppe durch Wienlawski. Von seiten des Senats nehmen teil Präsident Sahm, Senator Dr. Volkmann und Generaldirektor Prof. Noé.

Polizeibericht vom 20. September 1922. Festgenommen 18 Personen, darunter 4 wegen Diebstahls, 1 wegen Hehlerei, 1 wegen Betruges, 1 wegen Bedrohung, 1 wegen Schmuggelns, 2 wegen groben Unfugs, 7 in Polizeihaft, 1 obdachlose Person.

Teuerungs- und Finanzfragen im Allgemeinen Gewerkschaftsbund.

Am Montag, den 18. September, tagte eine Delegiertenversammlung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes der Freien Stadt Danzig.

Zum Punkt 1 der Tagesordnung erläuterte der Bundessekretär die Abrechnung über das 2. Quartal. Auf Antrag der Revisoren wurde ihm Entlastung erteilt. Hierauf behandelte er die Finanzierung des Bundes und seiner Einrichtungen an der Hand eines aufgestellten Einnahme- und Ausgabeplanes. Nach diesem muß der Bund für seine Einrichtungen pro Vierteljahr 112 000 Mk. Ausgaben bestreiten. Um die laufenden Ausgaben des 3. Quartals zu decken, mußte von den Gewerkschaften ein Vorschuß von 18 000 Mk. aufgenommen werden. Unter Berücksichtigung der vorhandenen und noch weiter steigenden Teuerung schlage daher der Bundesvorstand vor, den Beitrag für den Bund ab 1. Juli von 4 Mk. auf 7 Mk. zu erhöhen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Angenommen wurde ferner ein Antrag, wonach die Gewerkschaften in den Mitgliederversammlungen sich damit beschäftigen sollen, die Finanzierung des Bundes auf Grund gleitender Beiträge in Betracht zu ziehen und einen Beitrag in Höhe des 8. Teiles des Stundenlohnes als Grundlage zu bemessen.

Sodann nahm die Versammlung Stellung zur Teuerung. Die 20 Forderungen der Gewerkschaften und ihre Behandlung durch den Senat lösten eine längere Diskussion aus, in der die Unzufriedenheit der Delegierten mit dem erzielten Resultat zum Ausdruck gebracht wurde. Die eingeleitete Aktion müsse mit stärkerem Drucke auf Senat und Volkstag fortgeführt werden, um einen auch nur einigermaßen befriedigenden Erfolg zu zeitigen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Delegiertenversammlung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes der Freien Stadt Danzig nimmt Kenntnis von der Stellungnahme des Senats zu den 20 Forderungen der Danziger Spitzenorganisationen.

Sie erblickt hierin nur ein ganz geringes Entgegenkommen des Senats gegenüber den Forderungen der Gewerkschaften und ist hiervon durchaus unbefriedigt. Soll die Ernährung der Bevölkerung sichergestellt werden, muß die Beschlagnahme der Kartoffeln, des Schlachtviehs und Käses sofort erfolgen und jede Ausfuhr verboten werden. Die Delegierten erwarten vom Senat, daß diesen Forderungen unter allen Umständen entsprochen wird."

Den Bericht über die Zentralbibliothek erstattete Kollege Larm, der auf den gedruckt vorliegenden Jahresbericht verwies und die Notwendigkeit der Erhöhung der Gebühr für die Leserkarte hervorhob. Auf Antrag der Revisoren erfolgte Entlastung der Bibliothekare. Die Kollegen Adomat und Larm wurden als solche wiedergewählt. In die Bibliothekskommission wurden Roggenbuck, Klotzowski und Klinger gewählt.

Polizei, Einwohnerwehr und Technische Nothilfe.

Der Haushaltsplan der Polizeiverwaltung für 1922 weist eine Einnahme von 240 000 Mk. nach, davon stammen 200 000 Mark aus dem Verkauf von Ausrüstungsstücken der Einwohnerwehr. Dieser Einnahme steht eine Ausgabe von 7,4 Millionen Mark gegenüber, so daß ein Zuschuß von 7,2 Millionen Mark erforderlich ist. Zu den Kosten der Polizeiverwaltung leistet Danzig einen Beitrag von 6 Millionen Mark. Die Einwohnerwehr verursacht eine Ausgabe von 976 208 Mk. Die Ausgabe besteht aus folgenden Posten: Vergütungen 458 708 Mk., für Dienstleistungen der Einwohnerwehr 160 000 Mk., für Versicherung der Einwohnerwehrmitglieder 60 000 Mk., für Instandhaltung und Ersatz der Bekleidung und Ausrüstung 160 000 Mk., Verwaltungskosten 180 000 Mk. Von den Vergütungen erhalten: der Leiter der Einwohnerwehr 18 000 Mk., der Einwohnerwehrinspektor 12 000 Mk. und der Einwohnerwehrrendant 9400 Mk. Es sind dann noch vorhanden: ein Oberkommissar, ein Sekretär, ein Waffenmeister, ein Hauptwachtmeister, die insgesamt 156 800 Mk. Vergütung erhalten. Weiter werden beschäftigt: drei Hauptwachtmeister, ein Verwaltungsgehilfe, ein Fernsprechgehilfe, sechs Boten und ein Pferdepfleger. Für die Ausrüstung der Einwohnerwehr sind 800 000 Mk. einmalige Ausgabe eingesetzt.

Die Technische Nothilfe erfordert eine Ausgabe von 51 997 Mk. Davon werden gezahlt 27 000 Mk. an Vergütung, wovon der Leiter 18 000 Mk. und sein Stellvertreter 9000 Mk. erhält. Für Reisekosten und Fahrgelder sind eingestellt 1000 Mk., Unfallversicherung 9000 Mk., Krankenhausbehandlung 5000 Mk., Unterhaltung und Ergänzung der Arbeitsanzüge 4000 Mk., Bureaubedarf 2000 Mk.

Erhöhung der Wochenhilfe, Familienhilfe und Wochenfürsorge.

Nachdem im Deutschen Reiche die Sätze für die Wochenhilfe, Familienhilfe und Wochenfürsorge heraufgesetzt worden sind, hat auch der Senat dem Volkstag einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorgelegt. Danach erhalten:

Weibliche Versicherte, die im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch auf Grund der Reichsversicherung oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse gegen Krankheit versichert gewesen sind, als Wochenhilfe

1. ärztliche Behandlung, falls solche bei der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird,
2. einen einmaligen Beitrag zu den sonstigen Kosten der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden in Höhe von 250 Mark; findet eine Entbindung nicht statt, so sind als Beitrag zu den Kosten bei Schwangerschaftsbeschwerden 50 Mark zu zahlen,
3. [illegible] mindestens 6 Mk. täglich für zehn Wochen, von denen mindestens sechs in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen. Das Wochengeld für die ersten vier Wochen ist spätestens mit dem Tage der Entbindung fällig,
4. solange sie ihre Neugeborenen stillen, ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens 3 Mk. täglich, bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft.

Neben dem Wochengelde für die Zeit nach der Entbindung wird Krankengeld nicht gewährt.

Stirbt eine Wöchnerin bei der Entbindung oder während der Zeit der Unterstützungsberechtigung, so werden die noch verbleibenden Beträge an Wochen- und Stillgeld bis zum satzungsmäßigen Ende der Bezugszeit an denjenigen gezahlt, der für den Unterhalt des Kindes sorgt.

Mit Zustimmung der Wöchnerin kann die Kasse 1. an Stelle des Wochengeldes Kur und Verpflegung in einem Wöchnerinnenheim gewähren, 2. Hilfe und Wartung durch Hauspflegerinnen gewähren und dafür bis zur Hälfte des Wochengeldes abziehen.

Wochenhilfe erhalten auch die Ehefrauen sowie solche Töchter, Stief- und Pflegetöchter der Versicherten, welche mit diesen in häuslicher Gemeinschaft leben, wenn 1. sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben, 2. ihnen ein Anspruch auf Wochenhilfe aus eigener Versicherung nicht zusteht.

Als Wochenhilfe werden die vorbezeichneten Leistungen gewährt; dabei beträgt das Wochengeld 4½ Mark und das Stillgeld 3 Mark täglich.

Die Familienwochenhilfe ist auch zu gewähren, wenn die Niederkunft innerhalb neun Monaten nach dem Tode des Versicherten erfolgt. Bei Töchtern, Stief- und Pflegetöchtern ist Voraussetzung, daß sie mit dem Versicherten bis zu seinem Tode in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben.

Eine minderbemittelte Danzigerin, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat und für die nach den Vorschriften über die Reichsversicherung oder über die Kriegswochenhilfe kein Anspruch auf Wochenhilfe besteht, erhält aus den Mitteln des Staates eine Wochenfürsorge. Sofern nicht Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß eine Beihilfe nicht benötigt wird, gilt eine Wöchnerin als minderbemittelt, wenn ihr und ihres Ehemannes steuerpflichtiges Gesamteinkommen oder, sofern sie allein steht, ihr eigenes steuerpflichtiges Einkommen in dem Jahre oder Steuerjahre vor der Entbindung den Betrag von 15 000 Mark nicht überstiegen hat. Dieser Betrag erhöht sich für jedes vorhandene Kind unter fünfzehn Jahren um 1500 Mark.

Als Wochenfürsorge wird gewährt: 1. ärztliche Behandlung, falls solche bei der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird; 2. ein einmaliger Beitrag zu den Kosten bei Schwangerschaftsbeschwerden in Höhe von 250 Mark; findet eine Entbindung nicht statt, so sind als Beitrag zu den Kosten bei Schwangerschaftsbeschwerden 50 Mark zu zahlen; 3. ein Wochengeld in Höhe von 4,50 Mark täglich für zehn Wochen, von denen mindestens sechs in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen. Das Wochengeld für die ersten vier Wochen ist spätestens mit dem Tage der Entbindung fällig; die Wochen nach der Niederkunft müssen zusammenhängen; 4. solange die Wöchnerin das Kind stillt, ein Stillgeld in Höhe von 3 Mark täglich bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Niederkunft. Stirbt die Wöchnerin bei der Entbindung oder während der Zeit der Unterstützungsberechtigung, so werden die noch verbleibenden Beträge an Wochen- und Stillgeld bis zum Ende der Bezugszeit an denjenigen gezahlt, der für den Unterhalt des Kindes sorgt.

Einmalige Beschaffungsbeihilfe an Rentenempfänger.

Im Sozialen Ausschuß des Volkstages wird zurzeit folgender Gesetzentwurf der beiden sozialdemokratischen Parteien beraten:

Allen Empfängern von Invaliden-, Alters- und Witwerrenten einschl. der Invaliden der ehemaligen Staatsbetriebe sowie deren Witwen und allen mehr als 30 Prozent erwerbsunfähigen Empfängern von Unfallrenten ist eine einmalige Beschaffungsbeihilfe von 500 Mark zu gewähren. Die Zahlung erfolgt nicht, wenn der Berechtigte seit 3 Monaten in dauernder, vollbezahlter Arbeit steht oder aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge Unterstützung bezieht. Beihilfen erhalten auch diejenigen Personen, welche die Anwartschaft auf die Invalidenrente verloren haben, Invalide sind, das 70. Lebensjahr überschritten oder 10 Beitragskarten pflichtgemäß geklebt haben, sowie diejenigen Zivilblinden, die bedürftig sind. Die Deckung der Ausgaben erfolgt aus den Erträgen der Steuergesetze. Dieses Gesetz tritt sofort in Kraft.

Der neue Lohntarif für die Staatsarbeiter, der vom 1. September an gültig ist, sieht u. a. folgende Stundenlöhne vor: Vorarbeiter, die Handwerker sind, 47,50 Mark, Handwerker über 20 Jahre 46,25 Mark, angelernte Arbeiter über 20 Jahre und Vorarbeiter, die ungelernte Arbeiter sind, 45,80 Mark, ungelernte Arbeiter über 20 Jahre 44,60 Mark.

Vereinfachung in der Sozialversicherung. Der ständige Wechsel in der Bewertung der deutschen Reichsmark zieht eine gleiche Aenderung der Geldbeträge und Versicherungsgrenzen in der Sozialversicherung nach sich, um den Leistungen der Sozialversicherung die wirtschaftliche Bedeutung zu erhalten, die ihnen zugedacht ist. Die notwendige Aenderung dieser Geldbeträge durch besondere Gesetze führt naturgemäß eine Verzögerung mit sich, die von den Beteiligten schwer empfunden wird. Im Deutschen Reich ist man deshalb dazu übergegangen, die Reichsregierung durch ein besonderes Gesetz zu ermächtigen, im Falle des Bedarfs die genannten Geldbeträge entsprechend zu ändern und die erforderlichen Uebergangsvorschriften zu erlassen. Der Senat beantragt beim Volkstag, ihm die gleiche Ermächtigung zu geben. Die Maßnahmen des Senats sollen jedoch an die Zustimmung des Sozialen Ausschusses gebunden sein.

Besseres Markenbrot. Wie das Ernährungsamt uns mitteilt, sind auf Grund der vielfachen Beschwerden über die schlechte Beschaffenheit des Markenbrotes eingehende Untersuchungen nach der Ursache dieser schlechten Beschaffenheit angestellt worden. So sind auch Backversuche vorgenommen worden, die jedoch ihren Abschluß noch nicht gefunden haben, um festzustellen, wie die Beschaffenheit des Brotes verbessert werden kann. Unter Mitwirkung der in Frage kommenden [illegible] in Kürze mit einem erheblich besseren Brot zu rechnen [illegible]

Urkundenfälschung eines Schutzpolizeiwachtmeisters.

Der Schutzpolizeiwachtmeister Georg [illegible] in Danzig hatte sich vor der Strafkammer wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung zu verantworten. Er ist inzwischen aus dem Dienst entlassen und befindet sich in Untersuchungshaft. Er hatte sein Gehalt verpfändet, wollte es aber dennoch abheben. Aus diesem Grunde fälschte er die Quittung auf den Namen des anderen Empfangsberechtigten und erhob nun den Betrag von 600 Mk. Ferner ließ er sich einen Ueberzieher geben, den er beiseite schaffte. Schließlich verpfändete er seine Dienstpistole. Das Gericht erkannte an, daß eine rechtsverbindliche Verpfändung des Gehalts noch gar nicht vorgelegen hatte. Der Angeklagte wäre also berechtigt gewesen, das Gehalt auf seinen Namen zu erheben. Er hat es aber auf Grund einer gefälschten Quittung getan. Wegen Urkundenfälschung in einem Falle und Unterschlagung in zwei Fällen wurde er zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

Während sich das Gericht zur Beratung zurückzog, entstand plötzlich im Zuschauerraum ein Handgemenge. Ein Zuschauer sagte zu seiner Umgebung: „Da sind die Schupo. Sie stehlen wie alle anderen." Ein in der Nähe stehender Wachtmeister der Schutzpolizei sprang auf, ergriff den Mann und stieß ihn vor sich hin durch die Zuschauer, die Bank entlang und aus dem Gerichtssaal hinaus in den Vorraum, um — — seinen Namen festzustellen. Diese Festnahme eines Mannes aus dem Zuschauerraum durch einen Schutzpolizisten, der sich dort auch nur als Zuschauer aufhielt, gibt zu denken. Im Gerichtssaal hat nur der Vorsitzende des Gerichts polizeiliche Befugnisse. Daß sich aber ein Schutzpolizist, der keinen Auftrag hat, im Gerichtssaal die Ordnung aufrecht zu erhalten, das Recht anmaßt, hier eine Person festzunehmen und herauszuschleppen, nur weil er sich über das Verhalten der Person geärgert hat, ist mindestens eigenartig. Wenn sich dieser Vorgang in öffentlicher Sitzung vor den Augen vieler Zeugen abspielte, so kann man sich denken, wie sanft und rücksichtsvoll man manchmal in dunkler Nacht und im Wachtlokal mit Personen umgehen mag.

Gezahlte Arbeitslosenunterstützung. In der Woche vom 3. bis 9. September 1922 sind in der Stadtgemeinde Danzig einschl. der Gemeinden Ohra und Emaus an Erwerbslosenunterstützung gezahlt worden 22 222,20 Mark an 98 Personen gegenüber 28 700,15 Mark an 105 Personen.

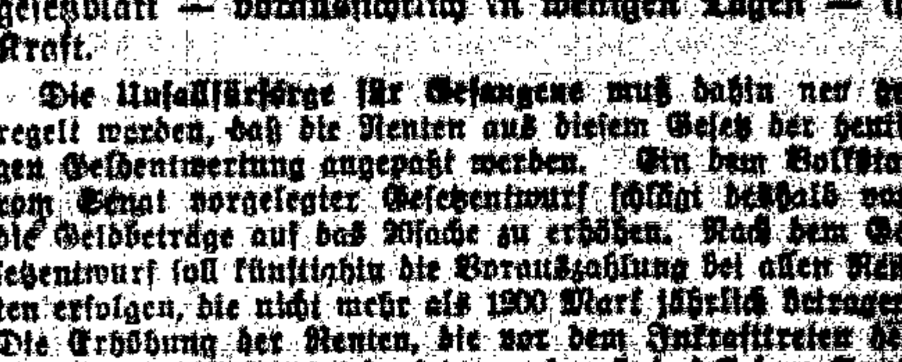
Erhöhung der Geldstrafen in der Reichsversicherungsordnung. Im Deutschen Reiche ist ein Gesetz erlassen worden, daß die gegenwärtig auf Grund der Reichsversicherungsordnung und des Versicherungsgesetzes für Angestellte zu zahlenden Geldstrafen entsprechend der inzwischen weiter eingetretenen Entwertung des Geldes erhöht. Der Senat hat nun beim Volkstag die Uebernahme des Gesetzes auch für Danzig beantragt.

Krankenversicherungszwang bis 204 000 Mark. Der Reichsrat und der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten haben einer Verordnung des Reichsarbeitsministers zugestimmt, wonach nunmehr alle Angestellten, deren monatlicher Arbeitsverdienst (einschl. Gewinnanteile, Vermittlungsgebühren, Wert von Kost und Wohnung usw.) 17 000 Mark nicht übersteigt, krankenversicherungspflichtig werden. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung im Reichsgesetzblatt — voraussichtlich in wenigen Tagen — in Kraft.

Die Unfallfürsorge für Gefangene muß dahin neu geregelt werden, daß die Renten aus diesem Gesetz der heutigen Geldentwertung angepaßt werden. Ein dem Volkstag vom Senat vorgelegter Gesetzentwurf schlägt deshalb vor, die Geldbeträge auf das 20fache zu erhöhen. Nach dem Gesetzentwurf soll künftighin die Vorauszahlung bei allen Renten erfolgen, die nicht mehr als 1200 Mark jährlich betragen. Die Erhöhung der Renten, die vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzes festgesetzt worden sind, soll dem Senat überlassen bleiben.

Die Herbstferien im Kreise Danziger Höhe sind nun wie folgt festgesetzt: Für die Gemeinden Ohra, Brentau, Hölle, Emaus und Oliva vom 30. September bis 16. Oktober, für die Gemeinden Gutcherberge, Wonneberg, Schönfeld, vom 24. September bis 8. Oktober, für die Gemeinde Pietzkendorf vom 24. September bis 12. Oktober. Für alle übrigen Orte des Schulaufsichtsbezirks Zoppot vom 24. September bis 16. Oktober. Für die Gemeinde Praust vom 30. September bis 16. Oktober, für die Gemeinden Krockenhütte, Ellerbruch, Gr.-Saalau, Barenhütte, Niederklanau, Meisterswalde, Stripvau, Strauchhütte, Suckschin, Braunsdorf, Oberhölle, Schönbeck, Löblau, Gr.-Bölkau, Kl.-Bölkau und Wiesenthal vom 24. September bis 8. Oktober 1922. Für alle übrigen Orte des Schulaufsichtsbezirkes Praust vom 24. September bis 15. Oktober. Die angegebenen Daten sind einschließlich zu fassen. Anträge auf Verlängerung der Herbstferien finden keine Berücksichtigung.

Ohra. Butter zum Höchstpreis. Im Schaufenster eines Ohraer Geschäftes prangten gestern Plakate, durch die Butter zum Höchstpreise angeboten wurde. Selbstverständlich fand die angebotene Ware reißenden Absatz. Jeder Käufer erhielt ohne weiteres ein Pfund Butter zum Höchstpreis. Sicherlich sind Hersteller und Verkäufer der Butter bei dem Geschäft trotz des Höchstpreises auf ihre Kosten gekommen. Höchstpreisüberschreitungen sind nichts als nackter Wucher, der unnachsichtlich bekämpft werden muß.



Heutiger Devisenstand in Danzig.

(Festgestellt um 12 Uhr mittags.)

Polnische Mark:	19,—	am Vortage	19,—
Amer. Dollar . . :	1425	" "	1425
Englisches Pfund:	6200	" "	6400

Spekulierender Bankbeamter. Der 28jährige Bankbeamte G. B. in Danzig hatte sich wegen Urkundenfälschung und Betruges vor der Strafkammer zu verantworten. Er war bei einer hiesigen größeren Bank tätig und stellte auf den Namen eines Bankkunden eine gefälschte Bankanweisung über 127 000 Mk. mit dem Namen des Bankkunden aus und legte diese Bankanweisung dem Bankkassierer vor, der darauf den vollen Betrag an den Angeklagten auszahlte. Daß die Sache sehr bald herauskommen mußte, war dem Angeklagten klar, aber er gab an, daß er mit dem Gehalt nicht auskommen konnte und deshalb durch Geldspekulation Gewinne machen wollte. Sein Gehalt betrug im Juni 2600 Mk., im Juli 3160 Mk. monatlich. Der Verteidiger wies darauf hin, daß von den Bankbeamten verlangt werde, sie sollten in tadelloser Kleidung auftreten. Da das Gehalt dazu aber nicht reicht, seien sie gezwungen, in Geld zu spekulieren und sich dadurch Nebengewinne zu machen. Die Bank hat den Betrag bis auf 6000 Mk. von dem Angeklagten zurückerhalten. Der Vater in Bayern erbot sich, den Rest zu bezahlen. Da er sich aber nicht in guten Vermögensverhältnissen befindet, hat die Bank nur 1000 Mk. von ihm genommen und den Rest erlassen. Das Gericht berücksichtigte, daß der Angeklagte sich in einer gewissen Not befand, indem sein Einkommen nur für Wohnung und Nahrung reichte, und erkannte nur auf 6 Monate Gefängnis wegen Urkundenfälschung und Betruges. Außerdem wurde dem Angeklagten Strafaussetzung bewilligt. 8 Wochen der Untersuchungshaft wurden ihm angerechnet. Er wurde aus der Haft entlassen.

Eine Berufsvereinigung des staatl. geprüften Krankenpflegepersonals im Freistaat Danzig ist kürzlich gegründet worden, deren Aufgabe es sein soll, dahin zu wirken, daß die bestehenden Mißstände von gesetzeswegen beseitigt werden. U. a. auch, daß künftig nur noch nach gesetzlicher Vorschrift geschultes und geprüftes Personal zu der Ausübung des Berufes zugelassen werden soll. Die Vereinigung erstreckt sich über den gesamten Freistaat und weist heute schon eine recht beachtenswerte Mitgliederzahl auf. Das Versammlungslokal ist „Gewerkehaus", Heil. Geistgasse 82. Sämtliche Zuschriften sind an den 1. Vorsitzenden H. Schubert, Danzig, Strankgasse 10, zu richten.

Ein Stundenlohn als Monatsprämie für eine Lebensversicherung.

Es ist sittliche Pflicht, seine Angehörigen vor der Not zu schützen. Mit einer ausreichenden Lebensversicherung wird dieser Zweck erreicht. Die Anpassung der Versicherungssumme an die jeweilige Teuerung liegt im Interesse der versicherten Personen und ihrer Angehörigen.

Wie die Gewerkschaften den tariflichen Stundenlohn als Wochenbeitrag, die Konsumgenossenschaften einen Wochenlohn als Geschäftsanteil, die politischen Parteien eine zeitgemäße Beitragserhöhung, die Presse eine zeitgemäße Erhöhung der Abonnementsgebühren fordern, und in der sozialen Versicherung die Beiträge fortlaufend der Teuerung angepaßt werden, so muß auch die Volksfürsorge ihre Einnahmen zeitgemäß steigern. Es ist Aufgabe der Volksfürsorge, die Versicherten und deren Angehörige in Notfällen vor Enttäuschungen zu bewahren. Sie muß pflichtgemäß auf den Abschluß ausreichender Versicherungen dringen und die Aufwendung von mindestens einem Stundenlohn als Monatsprämie dringend empfehlen. **Opfert daher im Interesse eurer Angehörigen monatlich mindestens einen Stundenlohn für eine Versicherung bei der Volksfürsorge!**

Laufende kleine Versicherungen, die für beide Teile durchaus unwirtschaftlich sind, sollten durch Vorauszahlung der Prämien abgewickelt werden. An ihre Stelle treten zweckmäßige Neuabschlüsse unter Beachtung obiger Grundsätze.

Gewerkschaftliches.

Die tschechische Wirtschaftskrise. Die tschechoslowakische Regierung plant im nächsten Budget einschneidende Aenderungen vorzunehmen, die der durch die Wertsteigerung der tschechischen Krone bedingten schlimmen Lage Rechnung tragen sollen. Bisher wurden bereits Ersparnisse im Betrage von einer Milliarde erzielt. Vorgesehen ist die Herabsetzung der Post- und Eisenbahntarife und der Zölle, eventuell sollen auch die Gehälter der Beamten der steigenden Kaufkraft der Krone angepaßt werden. Zur Behebung der Industriekrise soll ein großes Investitionsprogramm beitragen. Es sind sehr umfangreiche Staatsaufträge vorgesehen, so öffentliche Bauten im Betrage von 420 Millionen Kronen. Es soll auch in Zukunft verhindert werden, daß Betriebe ohne Angabe von Gründen geschlossen werden. Es soll zwangsweise die vierzehntägige Kündigungsfrist für alle Arbeiter statuiert werden.

Kleine Nachrichten.

Bauarbeitertod. Beim Einsturz eines Neubaus der Warenhausfirma Karstedt in Hamburg verunglückte eine Anzahl der am Bau beteiligten Arbeiter. Bisher sind zwei Tote und vier Schwerverletzte geborgen. Zwei Leute werden vermißt.

Studienreise und Schmuggelfahrt. Der Prager Professor Eduard Starn, der mit Hilfe eines tschechoslowakischen Stipendiums eine Studienreise durch Deutschland machte, wurde vom Dresdener Schöffengericht zu zwei Wochen Gefängnis und 80 000 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er versucht hatte, ohne Ausfuhrerlaubnis deutsche Waren im Werte von 30 000 Mark nach Prag mitzunehmen.

Wasserstandsnachrichten am 19. September 1922.

	18. 9	19. 9.	Kurzebrack	+ 1,10	+ 1,08
Zawichost	+ 1,65	+ 1,73	Montauerspitze	+ 0,65	+ 0,54
	18. 9.	19. 9.	Pieckel	+ 0,65	+ 0,54
Warschau	+ 1,38	+ 1,42	Dirschau	+ 0,68	+ 0,68
	17. 9.	18. 9.	Einlage	+ 2,38	+ 2,20
Plock	+ 0,85	+ 0,85	Schiewenhorst	+ 2,60	+ 2,50
	19. 9.	20. 9.	Nogat:		
Thorn	+ 0,77	+ 0,77	Schönau O. P.	+ 6,68	+ 6,66
Fordon	+ 0,65	+ 0,67	Galgenberg O. P.	+ 4,60	+ 4,61
Culm	+ 0,60	, 0,63	Neuhorsterbusch	+ 2,26	+ 2,24
Graudenz	+ 0,77	+ 0,76	Anwachs	+ ,	+ ,

Verantwortlich für Politik Ernst Loops, Danzig; für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, Danzig; Inserate Anton Fooken, Danzig. Druck von J. Gehl u. Co., Danzig.

Kenner fordern Kühne's Mostrich! (7138

Stadttheater Danzig.
Direktion: Rudolf Schaper
Heute, Mittwoch, den 20. Septbr., abds. 7 Uhr:
Dauerkarten E 1.
Ingeborg
Eine Komödie in 3 Akten von Kurt Götz.
Szen. Leit.: Heinz Brede. Inspekt.: Emil Werner.
Personen wie bekannt. Ende 9½ Uhr
Donnerstag, den 21. September, abds. 6 Uhr: Dauerkarten A 2. „Die Kronprätendenten" Histor. Schauspiel.
Freitag, den 22. Septbr., abends 6½ Uhr: Dauerkarten B 2. „Lohengrin". Romantische Oper.
Sonnabend, den 23. Septbr., abends 7 Uhr: Dauerkarten C 2. „Undine". Romantische Oper.

Stadttheater Danzig.
Direktion: Rudolf Schaper.
DAUERKARTEN
Infolge Erhöhung der Eintrittspreise ab 27. September tritt auch vom gleichen Tage an eine solche für alle Inhaber von Dauerkarten in Kraft
Es sind nachzuzahlen für:
Orchestersessel und I. Rang, 1. Reihe M 1685.—, I. Rang, 2. und 3. Reihe M. 1315,—, Sperrsitz M. 1220,—, Parterreloge M. 785.—, Seitenloge M. 710,—, Balkon M. 690.—, II. Rang, 1. Reihe M. 555.— und II. Rang, 2. und 3. Reihe M. 445.—
Die Nachzahlung hat in den Tagen von Donnerstag den 21. bis innerhalb Sonnabend, den 23. Septemb. 1922 zu erfolgen. Es ist dafür eine besondere Kasse im Stadttheater eingerichtet, welche täglich von 10 bis 2 Uhr geöffnet ist. 7278

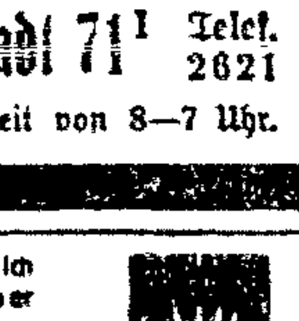
Gedania-Theater
Schüsseldamm 53/55 7235
Achtung! Ab heute! Nur bis Montag!
EDDIE POLO in
„Seepiraten"
Ein Kampf um Leben, Liebe und Ehre in 4 Episoden ... 26 Akten
III. Episode: **„Opfer der Piraten"**
Amerikanischer Sensationsfilm in 6 großen Akten
„Das entschleierte Bild"
Schauspiel in 5 Akten mit **Pauline Frederick.**
Künstler-Trio Wigotzki.
Beginn der letzten Vorstellung 9 Uhr.

Die Hefte Nummer 1 bis 8 der Monatszeitschrift
Welt und Wissen
— sind erschienen. —
Preis pro Heft Mark 7,50.
Buchhandlung „Volkswacht"
Am Spendhaus 6 u. Paradiesgasse 32.

Wilhelm-Theater
Das Tagesgespräch! von Danzig ist
Sylvester Schäffer!!
der weltberühmte Universalkünstler und das große
Weltstadt-Programm!
Anfang 7½ Uhr.
Vorverkauf bei Gebr. Freymann.
LIBELLE:
Bier-Kabarett anschl. Wein-Kabarett

Zahn-Kranke
werden sofort behandelt. Neue Gebisse, Reparaturen in einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte. Gold-Kronen usw. unter voller Garantie.
Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Niedrige Kostenberechnung.
Institut für Zahnleidende
Telef. 2621 **Pfefferstadt 71 I** Telef. 2621
Durchgehende Sprechzeit von 8—7 Uhr.

Vom 23.—27. September bin ich in Danzig, Hotel Norddeutscher Hof, am Bahnhof, um
künstliche Augen
nach der Natur für Patienten anzufertigen und einzusetzen. (7262
L. Müller-Uri,
Augenkünstler, Leipzig u. Berlin, Karlstraße 15.



Robert Ehmann
Altstädtischer Graben 3
neben der Tabakfabrik M. A. Hasse.
Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Wollwaren
Anfertigung eleg. Herrengarderobe nach Maß
Damen-Kostüme und Mäntel.
Solange alter Vorrat, noch günstige Kaufgelegenheit zu niedrigen Preisen.

Eis. Kinderbettgest. und Nähmaschine
zu kaufen gesucht. Angeb. unter 792 an die Exped. der Volksstimme. (†

Eis. Kinderbettgestell, Sportwagen und Nähmaschine
zu kauf. gesucht. Off. unt. V. 800 an die Exped. der Volksstimme.

Allgemein bekannt
ist
Stein's Konfektions-Haus
für reell, gut und billig in
Herren-, Jünglings- u. Knaben-**Anzügen**
Winter-Joppen u. Raglans
in modern. u. guten Stoffen, tadellosem Sitz u. guter Verarbeitung
Herren-Hosen
blau, schwarz und gestreift in allen Preislagen!
Extra billiges Angebot für den Winter!
Herren Trikot- u. Barchend-Hemden
Achten Sie bitte auf Namen und Hausnummer!!!
Stein's Konfektions-Haus nur 21 Häkergasse 21 7239
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Stroh- Panama- Velour- Filz-
Hüte
für Damen und Herren
werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit 7012
umgepreßt,
gewaschen und gefärbt.
Stroh- und Filzhut-Fabrik
Hut-Bazar zum Strauß
Annahmestelle nur Lawendelgasse Nr. 6—7.
(gegenüber der Markthalle).

Bakelit-Schleiferinnen und junge Mädchen
14—15 Jahre alt, welche Lust haben, das Facettieren von Perlen zu erlernen, werden bei sofortiger Vergütung eingestellt. Dieselben haben nach beendeter 3monatiger Lehrzeit großen, dauernden Verdienst.
Arthur Birkholz
Birkolitwarenfabrik
Danzig-Langfuhr, Kastanienweg Nr. 10. (7250

Bau- und Möbeltischler
stellt sofort ein (7264
Hinz, Langfuhr, Heiligenbrunner Weg 15.

Klempner- und Installateurlehrling
kann sofort eintreten.
F. Zoellner, (7265
Ropergasse 18

Ordentlichen **Laufburschen** sucht sofort E. W. Richter, [illegible]gasse 91/92.

Jüngere, gewandte
Stenotypistin, Buchhalterin
zum mögl. bald. Eintritt gesucht. Schriftl. Angeb. mit Gehaltsford. erbet. an
Hugo Lietzmann, Jopengasse 47. (7272

Jüngerer
Buchbindergehilfe
wünscht Beschäftigung. Zu erfragen Kl. Schwalbengasse 7 pt., rechts. (†

Zum sofort. Eintritt
suchen wir für unsere Wäsche-Arbeitsstube eine perfekte
Büglerin.
Albert & Bruno Fischer,
Heumarkt 4. (7281

Fahrräder!
Neue u. gebr. Damen- u. Herren-Fahrräder, nur beste Fabrikate, in riesig. Ausw. verk. noch billig. Mäntel, Schläuche, Sättel, Lenker, Ketten, Pedale, sowie alle Ersatzteile am Lager verk. noch preiswert. Reparatur-Werkstatt mit elektr. Kraftbetrieb. (7280
Danziger Fahrradvertrieb
Max Willer, 1. Damm 14.

Fast neuer **Rock-Paletot** zu verkaufen. Wiesner, Langgarten 71/72. (7252

Große National-Registrierkasse
zu kaufen gesucht. Angeb. unter E. 783 a. d. Exped. der Volksstimme. (†

Kleiderschrank
(2 Türen) zu kauf. gesucht. Ang. unt. E. 217 an d. Exp. der Volksstimme. (†

Fahrrad
gut erhalten zu verkaufen. Angeb. unt. V. 805 a. d. Exped. d. Volksstimme. (†

Nähmaschine
zu verkaufen. Angeb. unt. V. 803 an die Exped. der Volksstimme. (†

Scharfer Hofhund
zu verkauf. Angebot. unt. V. 806 an die Exped. der Volksstimme. (†

Kinderkorbwagen
zu kaufen gesucht. Angeb. unter V. 807 a. die Exped. der Volksstimme. (†

Zigarrengeschäft
mit guter Kundschaft zu verkaufen. Angeb. u. V. 802 a. d. Exped. d. Volksst. (†

Kleines Geschäft
zu kaufen gesucht. Angeb. unter V. 804 a. d. Exped. der Volksstimme. (†

Möbl. Wohnung
mit Küchenanteil z. mieten gesucht. Angeb. u. V. 807 a. d. Exp. d. Volksst. (†

Möbl. Wohnung
von ält. Ehep. z. 1. Okt. zu mieten gesucht. Angeb. unt. V. 801 an die Exp. der Volksstimme. (†

Suche
3-4-Zimm.-Wohn.
geg. Tausch einer 2-Zimm.-Wohnung, Keller u. groß. Nebenraum mit Koch- und Leuchtgas, als Werkstätte geeignet. Daselbst ist eine Wäscherolle zu verkaufen. Angeb. unt. V 787 an die Exp. d. Volksstimme. (†

Dauermieter sucht
einf. möbl. Zimmer.
Angebote unter E 792 an die Exped. d. Volksst. (†

Kleines, einfach möbliertes
Zimmer
sofort zu mieten gesucht. Angeb. unter E 796 an die Exped. d. Volksst. (†

Ein leeres
Zimmer
zum 1. Oktober zu mieten gesucht. Angeb. u. E 795 an die Exped. d. Volksst. (†

Von der (7257
Reise zurück!
Dr. Erich Lenz,
Fischmarkt 11.
Sprechstd. 8—10 u. 4—5.

Damenkleider
werden saub. abgearbeitet.
Timm, (†
Fleischergasse 38 b.

100—150 000 M.
an erster Stelle als Hypothek gesucht. Angebote unter E 778 an die Exped der Volksstimme. (†